

DIE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE IN DEN BALTISCHEN STAATEN: LETTLAND

STUDIE



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Studie zur wirtschaftlichen und sozialen Situation in den baltischen Staaten:

LETTLAND

Jānis Kajaks¹

Zusammenfassung

Nach dem Beitritt zur Europäischen Union verzeichnete Lettland, ebenso wie die beiden anderen baltischen Staaten Estland und Litauen, einen raschen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP), so dass es sich mit Fug und Recht als einen der "Baltischen Tiger" bezeichnen durfte. Das lettische BIP stieg zwischen 2004 und 2007 um 33% und erreichte 2006 sogar eine Zuwachsrate von 12%. Viele hofften, diese Entwicklung werde sich auch in den darauffolgenden Jahren fortsetzen, damit Lettland in absehbarer Zukunft ohne weiteres den durchschnittlichen Entwicklungsstand der EU werde erreichen können. Leider war das dynamische Wachstum Lettlands nicht von langer Dauer, da es auf den falschen Fundamenten ruhte. Leicht zugängliches und billiges ausländisches Kapital wurde nicht in die Entwicklung der Wirtschaft investiert, sondern überwiegend für den Konsum – für die Anschaffung von Immobilien, Fahrzeugen und verschiedenen Importwaren ausgegeben.

2007 befanden sich drei Viertel der Vermögenswerte aller Geschäftsbanken in den Händen der vier größten Geschäftsbanken Lettlands. Banken mit skandinavischem Kapital konnten die benötigten Ressourcen schnell und günstig von ihren Mutterunternehmen in Schweden und Finnland abrufen und so, in gegenseitigem Wettbewerb und unter Beanspruchung immer größerer Marktanteile, Kredite zu sehr günstigen Bedingungen an lettische Privatkunden und Unternehmer vergeben, wobei die Solvenz der Kreditnehmer sehr optimistisch eingeschätzt wurde. Lettland erlebte einen Kreditboom; der Gesamtumfang der 2005-2006 von den Geschäftsbanken gewährten Kredite überstieg die zuvor gewährten Summen um mehr als das Doppelte. Die leicht zugänglichen Kredite begünstigten auch den rasanten Anstieg der Immobilienpreise (zwischen 2003 und 2007 um durchschnittlich 240%). Der Kreditboom und der schnell wachsende Immobilienmarkt förderten auch eine bisher ungekannt starke Nachfrage nach verschiedenen Importwaren. Infolgedessen überstiegen die Importe deutlich die Exporte, und das erhebliche Leistungsbilanzdefizit wurde zu einem der markantesten Vorboten der heraufziehenden Krise.

Obwohl im Staatshaushalt jedes Jahr ein geringfügiges Defizit eingeplant war, wurden die erwarteten Haushaltseinnahmen aufgrund des dynamischen Wirtschaftswachstums stets übertroffen, so dass die Regierung in dem Glauben, diese Entwicklung werde sich fortsetzen, die zusätzlichen Steuereinnahmen für immer neue Ausgaben verwendete. Bereits 2005 empfahl der Internationale Währungsfonds der lettischen Regierung, Maßnahmen zu ergreifen, um die Gefahr einer Konjunkturüberhitzung abzuwenden, doch diese wandte sich dem Kreditmarkt erst 2007 zu, als die hohe Inflation die Pläne Lettlands, in näherer Zukunft den Euro einzuführen, ernsthaft gefährdete. Durch die Maßnahmen der Regierung und der Zentralbank *Latvijas Banka* wurde der Gesamtumfang der gewährten Darlehen verringert, die bevorstehende Krise konnten sie jedoch

¹

Volkswirtschaftsexperte der Vereinigung unabhängiger Arbeitnehmerverbände Lettlands (LBAS)

nicht abwenden. Auch die großen Geschäftsbanken wurden allmählich zurückhaltender und begannen die Kreditvergabe an striktere Bedingungen zu knüpfen. Mit dem noch rascheren Rückgang der Kreditvergabe begannen die Immobilienpreise zu fallen; die daraufhin einsetzende Kettenreaktion in allen Wirtschaftsbereichen Lettlands bewirkte ein Einbrechen des Verbrauchs, des Handels und des wirtschaftlichen Fortschritts insgesamt. Mit der Insolvenz des US-Unternehmens *Lehman Brothers* am 15. September 2008 entfiel auch der freie Zugang zu ausländischen Finanzmitteln; Hauptleidtragende war die *Parex banka*, eine der größten Geschäftsbanken Lettlands mit lettischem Kapital. Die *Parex banka* konnte einen ihrer Konsortialkredite nicht mehr refinanzieren; hinzu kam, dass innerhalb dreier Monate des Jahres 2008 nicht weniger als ein Viertel aller Einlagen abgezogen wurden. Die Regierung kam zu dem Schluss, dass das Schicksal der *Parex banka* für die lettische Wirtschaft zu wichtig sei, und beschloss die Bank zu retten, wofür sie insgesamt etwa 1,2 Milliarden Lat (ca. 1,7 Mrd. EUR) investierte. Angesichts der zurückgegangenen Staatseinnahmen und der Probleme im Bankensektor erkannte die Regierung, dass sie die Schwierigkeiten nicht im Alleingang überwinden konnte, und wandte sich daher Ende 2008 an den Internationalen Währungsfonds (IWF) als die damals einzige internationale Finanzinstitution, von der sich Lettland Geld leihen konnte. Der andere wichtige Partner in den Unterhandlungen über einen internationalen Kredit war die Europäische Kommission, die, wie sich schließlich erwies, die größte finanzielle Unterstützung sicherte. An der Bereitstellung des Darlehens beteiligten sich auch die Weltbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie mehrere EU-Mitgliedstaaten. In den Verhandlungen über die Kreditbedingungen und die erforderlichen Sparmaßnahmen beharrte die lettische Regierung auf der Beibehaltung des festen Wechselkurses vom Lat zum Euro und sprach sich entschieden gegen jede Abwertung des Lat aus. Als einer der wichtigsten Gründe hierfür wurde das Bestreben Lettlands genannt, in nächster Zukunft dem Euroraum beizutreten. Die Gespräche mit den Kreditgebern fanden hinter verschlossenen Türen und unter Ausschluss der Sozialpartner der Regierung statt. Wie sich später herausstellte, nutzte Lettland von der zur Verfügung gestellten Kreditsumme von 7,5 Mrd. EUR nur einen Teil in Höhe von 4,5 Mrd. EUR; man hatte den Kredit mit einer Reserve veranschlagt, da davon ausgegangen wurde, dass die Regierung mehrere lettische Geschäftsbanken würde retten müssen.

Die Konsolidierung des Staatshaushalts 2009 vollzog sich in zwei Stufen, da sich während dieses Jahres die Lage weiter verschlechterte; hinzu kam Anfang 2009 ein Regierungswechsel, denn die bisherige Regierung hatte das Vertrauen der Bürger verloren und war außerstande, die notwendigen Reformen durchzuführen. 2009 wurde durch Kürzung der Ausgaben in fast allen Bereichen sowie Steuererhöhungen eine Konsolidierung des Haushalts in Höhe von insgesamt 11% des BIP durchgeführt. In der Praxis bedeutete dies einen drastischen Rückgang der Beschäftigtenzahlen und der Gehälter im öffentlichen Sektor sowie eine Anhebung der Verbrauchs- und Mehrwertsteuern. Im Zuge einer Reform des Gesundheits- und des Bildungswesens wurde die Zahl der Krankenhäuser, Schulen, Ärzte und Lehrer reduziert. Die Regierung beabsichtigte auch eine Kürzung der Renten, wurde aber durch einen Beschluss des Verfassungsgerichts gezwungen, alle ausstehenden Renten auszuzahlen.

Der Entwurf des Haushalts 2010 war von dem Bemühen gekennzeichnet, für Bildung, Gesundheits- und Sozialwesen, Sicherung der öffentlichen Ordnung und Landesverteidigung wenigstens eine finanzielle Grundversorgung aufrechtzuerhalten. Nach Ansicht der Regierung konnten die Ausgaben nicht weiter so einschneidend gekürzt werden wie zuvor, daher wurde die Konsolidierung des Haushalts überwiegend durch Steuererhöhungen realisiert. Ab Anfang 2010 war endlich eine Verbesserung aller wichtigsten Indikatoren der lettischen Volkswirtschaft zu verzeichnen, und im dritten Quartal wurde erstmals nach neun Quartalen des Rückgangs wieder eine Zunahme des BIP (um 2,9%) registriert. Zwischen dem 2. Quartal 2008 und dem 2. Quartal

2010 war das lettische BIP insgesamt um 25% eingebrochen, wobei 2009 mit 18% der größte Rückgang zu verzeichnen war. Am schnellsten erholten sich die exportierenden Unternehmen, da sie von der Nachfrage im Inland unabhängig waren und verstärkt durch die Regierung unterstützt wurden. Im vierten Quartal 2010 nahm das BIP noch schneller zu, so dass unter dem Strich für 2010 nur ein Rückgang von 0,3% zu verzeichnen war. Auch 2011 wurde der Staatshaushalt vor allem über Steuererhöhungen konsolidiert. Da das BIP 2011 kontinuierlich anstieg, wirkten sich die Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts 2012 mit nur 0,7% des BIP bereits weniger empfindlich aus als in den Jahren zuvor. Ende 2011 konnte Lettland das internationale Finanzhilfeprogramm erfolgreich abschließen. Während der Krise beliefen sich die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung auf einen Wert von 15% des BIP; die meisten wurden 2009, also zu Beginn der Krise, ergriffen.

Eine der einschneidendsten Folgen der Krise war der Anstieg der Arbeitslosenzahl in Lettland auf etwa das Dreifache der Situation vor der Krise. Im ersten Quartal 2010 erreichte sie mit 20,5% ihren Höhepunkt. Am schwersten betroffen waren Bauwesen, Handel, Verkehr und Dienstleistungen. Da die Nachfrage nach bestimmten Berufen am Arbeitsmarkt einbrach, waren die Arbeitslosen gezwungen, entweder umzuschulen oder sich im Ausland nach einer passenden Beschäftigung umzusehen. Mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds führte die Regierung während der Krise mehrere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen durch, um den Arbeitslosen zu helfen, Arbeit zu finden, sich umzuschulen oder sich sogar selbständig zu machen. Die populärste Maßnahme war ein Programm befristeter gemeinnütziger Arbeiten in den Kommunen, an dem von 2009 bis 2011 etwa 120 000 Arbeitslose teilnahmen. Darüber hinaus wurde ein Netz der sozialen Sicherheit für die Bedürftigsten geknüpft, um ihnen auch bei Wegfall aller anderen Einkünfte ein garantiertes Mindesteinkommen zu sichern. Leider gelang es dem lettischen Staat nicht, die Ausgaben für die soziale Absicherung merklich zu steigern – der Anteil der sozialen Aufwendungen am BIP Lettlands lag nur bei etwas mehr als der Hälfte des Anteils im EU-Durchschnitt. Wegen der unangemessenen Finanzpolitik der Vorgängerregierungen hatte der Staat einen beträchtlichen Teil der im staatlichen Sozialversicherungshaushalt enthaltenen Mittel verloren, die in der Krise dringend gebraucht wurden. Daher war die Regierung gezwungen, verschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um die Sozialausgaben zu kürzen und gleichzeitig die Einnahmen zu erhöhen. Die Steuererhöhungen im Zuge der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung sorgten für eine Zunahme der Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit, da die Steuerlast für die Arbeitnehmer unerträglich geworden war.

Der soziale Dialog zwischen der Regierung, den Arbeitgebern und Gewerkschaften vollzog sich in verschiedenen Beiräten und Arbeitsgruppen. Auf nationaler Ebene fand der trilaterale soziale Dialog im Nationalen trilateralen Kooperationsrat statt. 2009 wurde eine Lenkungsgruppe zur Steuerung des Reformprozesses eingerichtet, in der außer den Sozialpartnern auch die lettische Industrie- und Handelskammer sowie Vertreter des Verbandes der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Lettlands vertreten waren. Allzu häufig vermied es die Regierung jedoch, über wichtige Fragen rechtzeitig mit den Sozialpartnern zu beraten, und wenn sie es doch tat, so wurde der Standpunkt der Sozialpartner nicht oder nur selten berücksichtigt. Während der Krise sahen sich die Gewerkschaften mehrfach mit Versuchen konfrontiert, das Arbeitsrecht zu unterlaufen oder tarifvertragliche Bestimmungen zu umgehen. In Unternehmen, die in der Schattenwirtschaft tätig waren oder in die Schattenwirtschaft abrutschten, war eine drastische Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu beobachten. Die Krise zeigte auch schwere Auswirkungen auf die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften, die in dieser Zeit um ein Drittel zurückgingen.

Auch im ersten Quartal 2012 verzeichnete Lettland ein sehr ansehnliches Wachstum des BIP (+6,9%), den besten Wert unter allen EU-Mitgliedstaaten; dieses Wachstum ist dem Export und der allmählich ansteigenden Binnennachfrage zu verdanken. Aufgrund der guten Steuereinnahmen wird laut den Prognosen der Regierung 2013 keine Konsolidierung des Staatshaushalts mehr nötig sein, sondern die Finanzierung für die am stärksten von der Krise betroffenen Wirtschaftszweige kann sogar wieder aufgestockt werden. Dennoch sieht sich Lettland bis heute einer Reihe drängender, durch die Krise und die Sparmaßnahmen verursachter Probleme gegenüber: hohe Arbeitslosigkeit, großes Einkommensgefälle, Armut, rückläufige Entwicklung der Bevölkerungs- und Beschäftigtenzahlen, blühende Schattenwirtschaft, hohe Steuerlast für Arbeitnehmer usw. Wenn für diese schwerwiegenden Probleme keine Lösung gefunden wird, wird eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in Lettland nicht möglich sein.

Einleitung

Um die derzeitige Situation in Lettland besser zu verstehen, ist ein kurzer Ausflug in die Geschichte hilfreich. Erst 1991 errang das Land seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion zurück, die es infolge des Zweiten Weltkriegs eingebüßt hatte. Die lettische Republik war am 18. November 1918 ausgerufen worden, bestand aber als unabhängiger Staat nur bis zur Besetzung durch die UdSSR und der Errichtung des kommunistischen Regimes 1940. Aufgrund seiner günstigen geografischen Lage, der gut ausgebauten Seehäfen, des hohen Bildungsstandards und der hohen Arbeitsproduktivität wurden in Lettland während der Sowjetzeit viele Betriebe angesiedelt, die für den breiten Markt in der UdSSR, aber auch für die gigantische sowjetische Rüstungsindustrie produzierten. Dies alles trug zu einer rasanten Industrialisierung Lettlands und einem raschen Wirtschaftsaufschwung bei. Auf die Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1991 folgten für Lettland wirtschaftlich schwere Zeiten, da die Wirtschaft der UdSSR (zu der lange Zeit auch Lettland gehört hatte) faktisch zusammengebrochen war: das BIP ging stark zurück, das Haushaltsdefizit schwoll an, und in allen UdSSR-Nachfolgestaaten entwickelte sich eine Hyperinflation, während gleichzeitig die Nachfrage nach lettischen Waren schwand. Trotzdem herrschte weiterhin vielfach ein empfindlicher Mangel an Lebensmitteln und Industrieprodukten, da die Preise früher stets vom Staat kontrolliert und beschränkt worden waren. Zwischen 1990 und 1993 ging das BIP Lettlands um etwa 49% zurück. Der Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft erforderte zahlreiche grundlegende Umstrukturierungen: Liberalisierung der Preise und des Handels, makroökonomische Stabilisierung und Privatisierung. Viele Institutionen mussten neu geschaffen und Gesetze verabschiedet werden. Im Interesse der Währungsstabilität und Unabhängigkeit, aber auch um die enge finanzielle Verflechtung mit Moskau zu durchbrechen, führte Lettland 1992 eine eigene Währung ein - zunächst den lettischen Rubel, ab 1993 den lettischen Lat (LVL). Darüber hinaus wurde die Privatisierung von Eigentum aller Art eingeleitet; dies erwies sich als einer der umstrittensten Vorgänge in der lettischen Geschichte seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit. Einerseits ermöglichte die Privatisierung vielen lettischen Bürgern die Rückerlangung von Privateigentum, das sie oder ihre Eltern und Großeltern im Zug der Enteignungen verloren hatten. Andererseits betrachteten weite Teile der Bevölkerung den Prozess als ungerecht und korruptionsbelastet, weil ein Großteil des Staatseigentums, darunter auch verschiedene Betriebe, zu lächerlichen Preisen in Privateigentum überführt wurde.

Nach dem völligen Zusammenbruch der Wirtschaft gleich nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit setzte 1994 erneut ein Wachstum der lettischen Wirtschaft und des BIP ein. Dies war allerdings nicht von langer Dauer, denn 1995 wurde Lettland von der ersten Bankenkrise getroffen. Diese Krise wurde vor allem durch die damals größte Geschäftsbank *Banka Baltija* verursacht, deren betrügerische Machenschaften und Zahlungsunfähigkeit auch andere

Geschäftsbanken mit in den Ruin zogen; dies betraf insgesamt 40% aller Aktiva der Geschäftsbanken und 50% aller Privatkundeneinlagen. Infolge dieser Krise verringerte sich das lettische BIP um 2,1%. 1998 machten sich in Lettland die Auswirkungen der Finanzkrise in Russland bemerkbar, die aber lediglich eine Verlangsamung des damals positiven Wachstums bewirkten. Den meisten Unternehmen gelang es, sich durch rasche Umstrukturierungen schnell auf andere Märkte umzuorientieren, und das lettische BIP stieg weiter an.

Ein noch dynamischeres Wirtschaftswachstum setzte 2004 nach dem Beitritt Lettlands zur Europäischen Union ein. Zwischen 2004 und 2007 nahm das BIP um 33% zu. Ähnlich dynamisch entwickelten sich auch die beiden anderen baltischen Staaten; nicht zu Unrecht wurden alle drei – in Anlehnung an die ostasiatischen "Tigerstaaten" Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan – als "Baltische Tiger" bezeichnet. Damals sah es so aus, als werde sich diese Entwicklung auch in den darauffolgenden Jahren fortsetzen, so dass Lettland problemlos den durchschnittlichen Entwicklungsstand der EU werde erreichen können.

Hauptursachen der Krise

Leider war das rasche Wachstum nicht von langer Dauer, da es überwiegend auf billiges ausländisches Kapital gegründet war, das in Strömen nach Lettland floss und weniger zur Entwicklung der Volkswirtschaft verwendet wurde als vielmehr für den Konsum – für die Anschaffung von Immobilien, Fahrzeugen und Importwaren. Die guten Gewinnspannen und das dynamische Wachstum der Unternehmen waren auch den verhältnismäßig billigen Arbeitskräften geschuldet – zum Zeitpunkt des EU-Beitritts betrug die Arbeitskosten in Lettland nur etwa 20% der durchschnittlichen Arbeitskosten in der EU, während die Arbeitsproduktivität bei 46% des EU-Durchschnitts lag. Mit steigenden Löhnen und Gehältern stiegen allmählich auch die Arbeitskosten, aber nur bis auf etwa 30% der durchschnittlichen Arbeitskosten der EU 2007-2008.

Nach dem EU-Beitritt gewann die wirtschaftliche Entwicklung in Lettland weiter an Fahrt, das BIP stieg 2005-2007 um jeweils durchschnittlich 11%, 2006 sogar um 12%. Während dieser Zeit waren die nationalen Währungen aller drei baltischen Staaten bereits an den Euro gekoppelt, denn dies förderte die makroökonomische Stabilität und das Vertrauen der ausländischen Investoren. Darüber hinaus war innerhalb von durchschnittlich drei Jahren nach dem EU-Beitritt auch der Beitritt aller drei Staaten zum Euro-Währungsgebiet vorgesehen. Dieser Grundsatz wurde auch von der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank unterstützt, da jeder Mitgliedstaat als Voraussetzung zur Einführung des Euro nicht nur eine stabile nationale Währung vorweisen, sondern auch alle übrigen Maastricht-Kriterien erfüllen musste.

Obwohl die Wiedererlangung der Unabhängigkeit, der Übergang zur Demokratie und die Einführung der Marktwirtschaft in Lettland erst kurze Zeit zurücklagen, strömte unerwartet viel ausländisches Kapital ins Land. Schon vor dem Beitritt zur EU war jede staatliche Kontrolle über den Kapitalfluss abgeschafft worden, und mit dem festgelegten Wechselkurs (1 EUR = 0,702804 LVL) entfiel die letzte Möglichkeit zur Kanalisierung des zuströmenden Kapitals. Die Krise in Russland 1998 begünstigte die Fusion mehrerer kleinerer lettischer Geschäftsbanken; einige von ihnen wurden von den großen lettischen Banken mit skandinavischem Kapital aufgekauft. Als Folge dieser Entwicklung befanden sich 2007 drei Viertel der Vermögenswerte aller Geschäftsbanken in den Händen der vier größten Geschäftsbanken Lettlands: der *Hansabanka AG* (jetzt *Swedbank AG*), der *Parex banka AG*, der *SEB banka AG* und der lettischen *Nordea-Filiale*. Die Geschäftsbanken mit skandinavischem Kapital konnten die erforderlichen Ressourcen schnell und günstig direkt von ihren Mutterbanken in Schweden und Finnland abrufen. Aufgrund der billigen Kredite und nahezu völlig fehlender Beschränkungen des Kreditwesens sowie des

schnellen Wirtschaftswachstums erlebte Lettland einen Kreditboom – das Gesamtvolumen der 2005-2006 von den Geschäftsbanken gewährten Darlehen überstieg die zuvor gewährten Summen um mehr als das Doppelte, und zwischen 2004 und 2008 schwoll das Kreditportfolio der Banken auf das Vierfache an. Am schnellsten wuchs das Hypothekenportfolio, da es zeitlich mit einem Bauboom zusammenfiel; Kredite waren leicht zugänglich, der Wert der Immobilien stieg rasch an, und bei alledem wurden Immobilienspekulationen (Kauf und baldiger Verkauf) nicht mit Steuern belegt. Der rasch wachsende Immobilienmarkt in Lettland reizte auch die skandinavischen Banken, die sich hier – verglichen mit den weit weniger lukrativen heimischen Märkten – sehr gute Gewinne ausrechnen konnten. Die Banken wetteiferten mit immer günstigeren und vorteilhafteren Kreditbedingungen und boten Kredite von bis zu 100% des Werts der zu leistenden Sicherheiten, wobei sie die Zahlungsfähigkeit ihrer Kunden sehr optimistisch veranschlagten. Die skandinavischen Banken vergaben zwar nur einen geringen Teil des Gesamtkreditportfolios über ihre lettischen Filialen, erzielten daraus aber wesentlich bedeutendere Gewinne. Daher waren die Banken bereit, größere Risiken einzugehen als bisher, um größere Marktanteile und noch höhere Gewinne zu erzielen. Die Bankenaufsichtsbehörden Lettlands und der skandinavischen Länder sahen darin keinen besonderen Grund zur Beunruhigung und unternahmen keinerlei Versuche, den lebhaft strömenden Kreditfluss einzudämmen.

Nach dem Beitritt Lettlands zur EU begann die Inflationsrate rasch zu steigen. In den ersten Jahren lagen die Preissteigerungen um 6-8% pro Jahr, aber bereits 2007 war eine zweistellige Rate zu verzeichnen, die im Mai 2008 ihren Höhepunkt (17,9%) erreichte. Für die rasche Inflation jener Jahre gab es mehrere Gründe: Preisausgleich oder Konvergenz mit anderen EU-Mitgliedstaaten, deutlich anziehende Preise für Öl- und Erdgasimporte aus Russland, verhältnismäßig rasch steigende Löhne und Gehälter sowie der Kreditboom und der rasche Anstieg der Immobilienpreise (zwischen 2003 und 2007 durchschnittlich 240%). Das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen der Erwerbstätigen verdoppelte sich zwar nahezu zwischen 2004 und 2008, aber dies entsprach nur einem Anstieg von 14% auf 28% der EU-Durchschnittsbezüge. Gleichzeitig war die Arbeitsproduktivität auf 53% des EU-Durchschnitts gestiegen. Der Kreditboom und der rasch wachsende Immobilienmarkt begünstigten eine nie dagewesene Nachfrage nach verschiedenen Gütern, und da das produzierende Gewerbe in Lettland weder die gewünschte Auswahl bieten noch die Qualitätsansprüche der Verbraucher befriedigen konnte, wurde der größte Teil dieser Waren aus dem Ausland eingeführt. In der Folge stiegen die Importe immer schneller von 27% im Jahr 2004 auf 31% im Jahr 2006, womit sie die Exporte deutlich überholten. Der Höhepunkt des Leistungsbilanzdefizits (22,4% des BIP) wurde 2006-2007 erreicht und wurde zu einem der deutlichsten Vorboten der bevorstehenden Krise.

Währenddessen gestaltete sich der Staatshaushalt unproblematisch, denn obwohl jedes Jahr ein geringfügiges Defizit eingeplant war, wurden die erwarteten Haushaltseinnahmen aufgrund des dynamischen Wirtschaftswachstums stets übertroffen, und 2007 betrug die allgemeine Staatsverschuldung nur 9% des BIP. Bereits 2005 erhielt Lettland vom Internationalen Währungsfonds (IWF) eine Warnung, weil das damalige Wachstum die tatsächlichen Kapazitäten des Landes zur Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen überstieg, die Inflation der Preise und Löhne zu hoch war, das Leistungsbilanzdefizit sich vergrößerte und die Aussichten auf den Beitritt Lettlands zum Euro-Währungsgebiet rapide zurückgingen. Der IWF wies darauf hin, dass eine Kreditvergabe durch die Banken, die den Verbrauch ankurbelt und die Immobilienpreise in die Höhe treibt, nicht zur langfristigen Entwicklung der Volkswirtschaft beiträgt und keinen neuen Mehrwert schafft. Darum empfahl der Währungsfonds der lettischen Regierung, unverzüglich gegen die Überhitzung der Wirtschaft vorzugehen; diese hatte allerdings angesichts des festen Währungskurses und des freien Kapitalverkehrs wenig Spielraum. Ihre einzigen verbleibenden Mittel zur Einflussnahme waren die Steuerpolitik und die Regulierung des

Bankwesens. Anders als Estland, das in seinem Staatshaushalt während der Jahre des dynamischen Wachstums immer einen geringfügigen Überschuss ausgewiesen und auf diese Weise Rücklagen für schlechtere Zeiten gebildet hatte, hatte die lettische Regierung jedes Jahr ein geringfügiges Defizit eingeplant und sich darauf verlassen, dass das tatsächliche Wirtschaftswachstum jeweils größer ausfallen würde als vorgesehen; so wurden mit den gesamten zusätzlichen Einkünften immer neue Ausgaben bestritten. Als die Wirtschaft zu überhitzen begann, hätten mehrere Maßnahmen ergriffen werden können, doch im Bankwesen blieben diese aus, weil man vor allzu massiven Eingriffen des Staates in die Tätigkeit der Banken zurückschreckte und sogar deren Abwanderung befürchtete. Am meisten überrascht jedoch, dass damals keinerlei Steuern auf Spekulationsgeschäfte mit Immobilien erhoben, die Immobiliensteuer nur auf der Basis des Grundstückswerts berechnet wurde (für Gebäude wurden keine Steuern erhoben) und auch Kapitalerträge (aus Wertpapiergeschäften, Einlagen und Dividenden) nicht besteuert wurden. Jede der genannten Steuern hätte die Überhitzung der Wirtschaft verlangsamt und vielleicht sogar das Platzen der Immobilienblase verhindern können. Die lettische Regierung wandte dem Kreditmarkt ihre Aufmerksamkeit erst 2007 zu, als die Inflation stark anstieg und weit über die in den Maastrichter Kriterien zur Einführung des Euro festgelegte Grenze hinausging; daher lotete die Regierung jede Möglichkeit aus, die Inflation einzudämmen. Eine der ersten Maßnahmen war die Festlegung einer Höchstgrenze für die Vergabe von Krediten (gemessen an der zu leistenden Sicherheit) und eine strengere Kontrolle der Einnahmen der Kreditnehmer; leider kam sie bereits zu spät.

Man kann behaupten, dass die weltweite Finanzkrise bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 mit dem beginnenden Rückgang der Immobilienpreise in den USA einsetzte. Die Wirtschaft Lettlands war allerdings schon damals überhitzt und hatte daher als eine der ersten unter der Krise zu leiden. Die Krise begann allmählich und ist auf folgende fünf Ursachen und erschwerende Faktoren zurückzuführen:

1) Mit der Überhitzung der Wirtschaft ging auch ein rascher Anstieg der Preise einher, und die lettische Regierung führte im Rahmen ihrer Absichten zur Einführung des Euro einen Anti-Inflations-Plan ein, bei dem es großenteils darum ging, die Kreditvergabe durch die Geschäftsbanken zu begrenzen. Parallel dazu unternahm auch die Zentralbank einige Anstrengungen, um die Kreditvergabe zu bremsen (zum Beispiel durch Erhöhung des Mindestreservesatzes der Geschäftsbanken). Diese Maßnahmen erwiesen sich als wirksam, so dass der Umfang der Kreditvergabe seit Mitte 2007 zurückging.

2) Zwei der größten Geschäftsbanken Lettlands, die *Swedbank AG* und die *SEB banka AG*, begannen 2007, die Kreditvergabe an striktere Bedingungen zu knüpfen, nicht nur wegen der von der Regierung vorgegebenen Einschränkungen, sondern auch aufgrund von Weisungen der vorsichtiger gewordenen Mutterunternehmen in Schweden. Dies führte zu einem raschen Nachlassen der Kreditvergabe, einem Rückgang der Immobilienpreise von 35% innerhalb eines Jahres und gleichzeitig zu einem raschen Rückgang der Nachfrage, des Investitionsvolumens und der wirtschaftlichen Entwicklung.

3) Als die *Lehman Brothers* in den USA am 15. September 2008 Insolvenz beantragten, steckte Lettland bereits in einer tiefen Finanzkrise, die sich mit diesem Ereignis nur noch verschlimmerte, weil ausländische Finanzmittel für das Land von nun an nicht mehr ohne weiteres zugänglich waren.

4) Die Flaute auf dem internationalen Finanzmarkt wirkte sich in Lettland zuerst und vor allem auf die *Parex Banka* aus. Es handelte sich um die größte Geschäftsbank Lettlands mit

inländischem Kapital, die 20% der Aktiva aller Geschäftsbanken Lettlands auf sich vereinigte. Die *Parex banka* konnte einen ihrer Konsortialkredite nicht mehr refinanzieren; hinzu kam, dass innerhalb dreier Monate des Jahres 2008 nicht weniger als ein Viertel aller Einlagen abgezogen wurden. Die Regierung kam zu dem Schluss, dass die *Parex banka* eine zu wichtige Rolle in der lettischen Wirtschaft spielte, um eine Insolvenz zuzulassen, und beschloss die Bank zu übernehmen; dafür investierte sie zunächst etwa 800 Millionen Lat, oder 4,9% des damaligen lettischen BIP, in die Bank. Ohne näher auf den weiteren Verlauf dieser Bankenrettung einzugehen, soll hier nur angemerkt werden, dass die staatliche Unterstützung für die Umstrukturierung der *Parex banka* sich schließlich auf etwa 1,2 Milliarden Lat (ca. 1,7 Mrd. EUR) belief. Die staatliche Unterstützung wurde zur Sicherung der Liquidität, in Form staatlicher Bürgschaften und in Form von Einlagen in das Kapital der Bank gewährt. Bisher wurden etwa 37% dieser staatlichen Unterstützung zurückgewonnen.

5) Obwohl Lettland der EU und damit auch als Aktionär der EZB angehörte, verfügte es leider nicht über freien Zugang zu den europäischen und globalen Finanzmärkten oder zu finanziellen Hilfen von Seiten der EZB, so dass dem Land nichts anderes übrigblieb, als sich an internationale Kreditgeber zu wenden, nämlich den Internationalen Währungsfonds (IWF).

Krisenbekämpfungsmaßnahmen der Regierung und ihre Wirkung

Obwohl viele lettische Wirtschafts- und Finanzexperten bereits Anfang 2008 vor der heraufziehenden Krise gewarnt hatten und auch der damalige Ministerpräsident Ivars Godmanis gut informiert war, wurde zur Milderung oder Abwendung der Krise kaum etwas unternommen. Erst Ende 2008 kündigte der Ministerpräsident tiefgreifendere Maßnahmen zur Verringerung der Staatsausgaben an, die in der Entlassung von 10% der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowie im Einfrieren der Gehälter in staatlich finanzierten Einrichtungen für 2009 bestanden. Die Gewerkschaften protestierten gegen diese Entscheidung, da sie auch Lehrer, Ärzte, Polizisten und andere Berufsgruppen betraf. Im Oktober 2008 beteiligten sich mehr als 1 000 Beschäftigte des Gesundheitswesens an einem von der Gewerkschaft organisierten Streik und forderten Gehaltserhöhungen anstelle einer Nullrunde oder sogar eines Rückgangs ihrer Bezüge. Im Oktober und November 2008 folgten immer mehr schlechte Nachrichten über die Wirtschaft Lettlands: Infolge der Krise und des Rückgangs der Kaufkraft schrumpften auch das produzierende Gewerbe und der Einzelhandel, zahlreiche kleinere und mittlere Unternehmen mussten Konkurs anmelden, und die Arbeitslosenquote lag im November 2008 bereits bei 7,2%. Zur Bekämpfung des allgemeinen Geldmangels forderte die Öffentlichkeit vor allem drastische Einsparungen der Kosten für die zentrale öffentliche Verwaltung durch Kürzung von Gehältern, Prämien und Bonuszahlungen. Vieles davon wurde unter dem Ministerpräsidenten tatsächlich durchgeführt. Gelegentlich kamen auch gute Nachrichten aus Lettland: Nach dem Höhepunkt von 17% im Mai 2008 ging die Inflationsrate bald rasch (um etwa 1% pro Monat) wieder zurück, und der Export überholte den Import, wodurch sich das Leistungsbilanzdefizit verringerte.

Um die Staatsausgaben zu senken, schlug der Ministerpräsident vor, sämtliche Staatsausgaben zu kürzen und nur die Ausgaben im Rentenbereich und die Sozialausgaben zur Unterstützung Bedürftiger davon auszunehmen. Die Regierung hielt die vorgesehenen Sparmaßnahmen allerdings nicht für ausreichend, um alle Probleme zu lösen und die Zahlungsfähigkeit des Staates zu sichern. Daher wurde im November 2008 eine technische Mission des IWF angefordert, um die Möglichkeit eines internationalen Kredits zu prüfen. Nach Berechnungen des IWF brauchte Lettland zur Lösung seiner Finanzprobleme etwa 7,5 Mrd. EUR, die stufenweise, d. h. in mehreren Teilbeträgen bis Anfang 2011 ausgezahlt werden sollten. Mitte November 2008 begannen langwierige und komplizierte Unterhandlungen zwischen Vertretern

der internationalen Kreditgeber und der lettischen Regierung. Die Regierung beharrte nachdrücklich auf der Beibehaltung des festen Wechselkurses vom Lat zum Euro (1 EUR = 0,702804 LVL) und sprach sich unter Verweis auf negative Präzedenzfälle anderer Länder entschieden gegen jede Abwertung des Lat aus. Als einer der wichtigsten Gründe für die Beibehaltung des festen Kurses wurde das Bestreben Lettlands genannt, in naher Zukunft dem Euroraum beizutreten. Die Gespräche und die Beschlussfassung über die geplanten Sparmaßnahmen und die Bedingungen für den internationalen Kredit fanden hinter verschlossenen Türen statt, und die Sozialpartner der Regierung waren davon ausgeschlossen. Der lettische Gewerkschaftsbund LBAS äußerte seine Bedenken über das planlose Vorgehen der Regierung und über deren Unfähigkeit, mit der Öffentlichkeit und den Sozialpartnern offen über den tatsächlichen Zustand der lettischen Volkswirtschaft zu kommunizieren und die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen zu begründen. Am 10. Dezember 2008 stellte der Ministerpräsident den Sozialpartnern endlich den von der Regierung ausgearbeiteten Plan zur Krisenbekämpfung mit verschiedenen Änderungen im Steuerrecht sowie den genannten Gehaltskürzungen vor. Die Sozialpartner lehnten diesen Plan jedoch unter dem Hinweis ab, die vorgesehenen Maßnahmen würden die Arbeitslosigkeit nur noch weiter nach oben treiben, die Binnennachfrage strangulieren und die Krise vertiefen. Ungeachtet aller Einwände und Meinungsverschiedenheiten bekräftigte das lettische Parlament, die Saeima, das auf Empfehlung des IWF und der Europäischen Kommission erarbeitete "Programm zur Stabilisierung der Wirtschaft Lettlands und zur Wiederbelebung des Wachstums", so dass Ende Dezember 2008 auch das Gesetz über den internationalen Kredit verabschiedet wurde. Daraus ging hervor, dass Lettland im Rahmen des internationalen Finanzhilfeprogramms Unterstützung von der Kommission, vom IWF, von der Weltbank, von der EBWE, von mehreren EU-Mitgliedstaaten (Dänemark, Estland, Finnland, Schweden, Polen und der Tschechischen Republik) sowie Norwegen erhalten würde. Das Programm sah für 2009 eine Haushaltskonsolidierung in einem für Lettland unvorstellbaren Ausmaß vor, nämlich eine Milliarde LVL beziehungsweise 7% des BIP. Geplant war eine Verringerung der Zahl der öffentlichen Bediensteten um 15%, Gehaltskürzungen von durchschnittlich 15%, eine Verminderung öffentlicher Ausschreibungen um 25%, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 18% auf 21% sowie eine Erhöhung der Verbrauchssteuern für Kraftstoffe, Kaffee, Alkohol und andere Getränke.

Nach dem Erhalt der ersten Tranche der internationalen Finanzhilfe (591 Mio. EUR vom IWF und 1 Mrd. EUR von der Europäischen Kommission) musste Lettland unverzüglich die im Finanzhilfeprogramm vorgesehenen Reformen umsetzen, um die wirtschaftliche Situation zunächst zu stabilisieren und danach nach Möglichkeit zu verbessern. Leider gelang es der lettischen Regierung nicht, dies umzusetzen, da sowohl die Öffentlichkeit als auch das Parlament und letzten Endes selbst der Präsident aufgrund der Krise und des verzögerten Handelns ihr Vertrauen zur Regierung verloren hatten. Die öffentliche Unzufriedenheit über die Vorgänge in Lettland erreichte ihren Höhepunkt am 13. Januar 2009 in einer von gesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften organisierten Protestdemonstration, die wegen zahlreicher aggressiv eingestellter Jugendlicher, die in keinem Zusammenhang zu den Organisatoren der Demonstration standen, zu den größten Massenunruhen in Lettland seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit ausartete – mit Beschädigungen am Parlamentsgebäude, mehreren Polizeifahrzeugen und benachbarten Geschäften. Auch die Koalitionsparteien entzogen der Regierung allmählich ihre Unterstützung, so dass Ministerpräsident Godmanis nur noch der Rücktritt blieb, den er am 20. Februar 2009 erklärte. Mit der Führung der neuen Regierung wurde Valdis Dombrovskis betraut, der von 2002 bis 2004 lettischer Finanzminister gewesen und als Vertreter einer konservativen Finanzpolitik bekannt geworden war. Die wirtschaftliche Situation verschlechterte sich weiter, und der IWF weigerte sich, die nächste Tranche des Kredits auszuzahlen, solange Lettland die Ausgaben im Staatshaushalt für 2009 nicht um mindestens

20% kürzte. Die neue Regierung versprach, sich an diese Vorgabe zu halten, da sie es zur Rettung Lettlands vor dem Bankrott als notwendig ansah, alle Bedingungen der Kreditgeber ungeachtet ihrer Tragweite und ihrer geringen Akzeptanz in der Bevölkerung zu erfüllen. Die Regierung setzte sich als vorrangiges Ziel, die Staatsausgaben zu verringern, um die Zahlungsfähigkeit des Landes zu erhalten; an zweiter Stelle stand die Durchführung grundsätzlicher Strukturreformen. Nachdem die Vorgängerregierung den Haushalt 2009 mit Einsparungen in Höhe von 7% des BIP verabschiedet hatte, schlug die neue Regierung vor, die Ausgaben um noch einmal 4% des BIP zu verringern, also Mittel in Höhe von insgesamt 11% des BIP einzusparen.

Die einschneidendsten Reformen sollten nach Willen des Ministerpräsidenten in der Verwaltung, im Gesundheits- und im Bildungswesen durchgeführt werden. Der Verwaltungsapparat des Gesundheitsministeriums wurde um 44% verkleinert, mehrere Krankenhäuser wurden geschlossen, und die Beschäftigtenzahl im Gesundheitswesen wurde um 2 700 Personen bzw. 8% verringert. Als Ergebnis der Reform- und Sparmaßnahmen wurden 115 Schulen (12% aller Schulen in Lettland) geschlossen. Die Zahl der Beschäftigten in den Schulen wurde innerhalb eines Jahres (2009) um 4 000 Personen (14%) verringert. Unberücksichtigt blieb dabei die verhältnismäßig geringe Bevölkerungsdichte in den ländlichen Regionen Lettlands; für deren Bewohner bedeutete dies wesentlich längere Wege zur nächsten Schule oder medizinischen Einrichtung. In der öffentlichen Verwaltung wurden 23 000 Beamte (29%) entlassen, wodurch sich deren Gesamtzahl bis zum 2. Quartal 2010 auf 62 300 verringerte. Die Entlassungen betrafen auch das Staatliche Finanzamt (VID), dessen Personal um 1 000 Beschäftigte (20%) gekürzt wurde.

Ihren Höhepunkt erreichte die Krise im Juni 2009, als die Europäische Kommission den größten Teil ihrer Finanzierung (1,2 Mrd. EUR) und der IWF die nächste Tranche ihres Kredits im Umfang von 200 Mio. EUR bereitstellen sollten. Angesichts der offensichtlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Lettland forderten die internationalen Geldgeber eine weitere Kürzung der Staatsausgaben um noch einmal etwa 500 Mio. Lat. Die Regierung entwarf Änderungen des Haushaltsplans, die Kosteneinsparungen in praktisch allen Bereichen vorsahen, mit Ausnahme der sozialen Sicherung und der finanziellen Verpflichtungen Lettlands gegenüber internationalen Organisationen. Insgesamt fielen die Ausgabenkürzungen so dramatisch aus, dass die Regierung vor der Bestätigung der Änderungen im Haushaltsplan durch das Parlament allen Koalitionsparteien sowie den Sozial- und Kooperationspartnern vorschlug, einzelne Übereinkünfte über die Änderungen im Haushalt 2009 zu unterzeichnen. Die Sozial- und Kooperationspartner (einschließlich des Rentnerbundes) wurden vor die sehr schwierige Wahl gestellt, entweder die vorgeschlagenen Änderungen im Haushalt zu bekräftigen und internationale Finanzhilfe zu erhalten, oder Zahlungsunfähigkeit und Bankrott des Staates in Kauf zu nehmen. Angesichts dieser Wahl entschieden sich die Sozial- und Kooperationspartner, wenn auch gegen ihren Willen, zur Unterschrift. Es handelte sich um außerordentlich drastische Sparmaßnahmen: Verkleinerung der zentralen Verwaltung der Ministerien um 30%, Verringerung der Anzahl staatlicher Agenturen um 50%, Kürzung der Renten und der Familienbeihilfen um 10%, Kürzung der Renten für noch berufstätige Rentner um 70%, Herabsetzung des von der Einkommensteuer befreiten Grundbetrags (von 90 auf 35 Lat im Monat) sowie Erhöhung der Verbrauchssteuern. Selbst bei Durchführung dieser Sparmaßnahmen wurde für 2009 mit einem Haushaltsdefizit von 10% des BIP und für 2010 mit einem Defizit von 8,5% des BIP gerechnet. Im Juli 2009 erhielt Lettland die versprochene Finanzhilfe von der Europäischen Kommission und dem IWF, so dass der Staat zahlungsfähig blieb.

Der Haushalt 2010 wurde mit einem Defizit von 7,5% entworfen. Die Regierung bemühte sich, wenigstens eine vertretbare Grundfinanzierung für die Kernbereiche Bildung, Gesundheits- und Sozialwesen, Sicherung der öffentlichen Ordnung und Landesverteidigung zu garantieren. Leider konnten die Ausgaben nach Ansicht der Regierung nicht weiter so einschneidend gekürzt werden wie bisher, daher wurde die Konsolidierung des Haushalts zum größten Teil über Steuererhöhungen realisiert, was der Regierung scharfe Kritik von Seiten der Öffentlichkeit wie der Sozialpartner eintrug. So wurde die Einkommenssteuer um drei Prozentpunkte (von 23% auf 26%) erhöht, eine Immobiliensteuer auf Wohngebäude und Büros eingeführt und die Kfz-Steuer erhöht. Darüber hinaus wurden eine Kapitalertragsteuer und eine Steuer auf Kapitaleinkünfte eingeführt, wie es die LBAS seit Jahren gefordert hatte. Das lettische Verfassungsgericht gab Ende 2009 einer Beschwerde der Rentenempfänger gegen die Kürzung der Renten durch die Regierung im Juni 2009 statt. In dem nicht anfechtbaren Entscheid des Verfassungsgerichts wurde die Kürzung der Renten als unvereinbar mit der lettischen Verfassung bezeichnet, daher mussten die einbehaltenen Beträge in voller Höhe ausgezahlt werden. Dafür war ein zusätzlicher Betrag von 1% des BIP erforderlich; dabei konnte die Regierung allerdings erreichen, dass der Haushalt 2010 mit einer Defizitreserve von 1% verabschiedet wurde, so dass keine zusätzliche Konsolidierung mehr vonnöten war.

Ab Anfang 2010 begannen sich endlich alle Hauptindikatoren der lettischen Volkswirtschaft zu verbessern. Der Rückgang des BIP verlangsamte sich zu Jahresanfang merklich, und im dritten Quartal wurde erstmals nach neun Quartalen des Rückgangs wieder eine Zunahme des BIP (um 2,9%) registriert. Die Steuereinnahmen begannen die Prognosen zu übertreffen, und die Regierung versprach der Öffentlichkeit, den Haushalt 2011 nicht in der anfänglich angekündigten Schärfe konsolidieren zu müssen. Am schnellsten erholten sich die Exportunternehmen, weil sie von der Binnennachfrage unabhängig waren und von der Regierung vielfache Unterstützung erhielten. Im vierten Quartal 2010 nahm das BIP noch schneller zu, so dass das BIP 2010 unter dem Strich nur um 0,3% zurückging. Als Wachstumsmotor erwies sich der Export, der 2010 um 30% zulegte, und das produzierende Gewerbe, das gerade auch wegen des Exports und einer leichten Belebung der Inlandsnachfrage um 14% anzog. Die wichtigsten Exportgüter waren Holz sowie Holz- und Metallerzeugnisse und Textilien. Zwischen dem 2. Quartal 2008 und dem 2. Quartal 2010 war das lettische BIP insgesamt um 25% geschrumpft, wobei 2009 mit 18% der größte Rückgang zu verzeichnen war – kein anderes EU-Mitgliedsland hatte einen derart drastischen Einbruch des BIP verkraften müssen.

Um 2011 das Haushaltsdefizit auf 4,2% zu begrenzen, wurden in dem vom Parlament verabschiedeten Haushalt mehrere Konsolidierungsmaßnahmen vorgesehen, die abermals hauptsächlich durch Steuererhöhungen umgesetzt wurden. Der Normalsatz der Mehrwertsteuer wurde von 21% auf 22% und der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 10% auf 12% angehoben, die Immobiliensteuer auf Wohngebäude und Wohnungen wurde zweimal erhöht (bis auf 0,6% des Katasterwerts), die Arbeitnehmerbeiträge zur staatlichen Sozialversicherung stiegen von 9% auf 11%. Um für alle erwähnten Steuererhöhungen eine Teilkompensation zu schaffen, bot die Regierung die Senkung der Einkommenssteuer um einen Prozentpunkt und die Erhöhung des Einkommensteuerfreibetrags an. Da jedoch parallel zu diesen Maßnahmen im Land auch die Strompreise angehoben und die Mehrwertsteuerermäßigung auf Elektrizität abgeschafft wurde, verschlechterte sich die Zahlungsfähigkeit der Bürger und der Unternehmen noch mehr. Die Regierung beschloss ferner, den Bruttomindestlohn auf 200 Lat im Monat anzuheben, was auch in der Hoffnung auf höhere Steuereinnahmen aus der Schattenwirtschaft geschah, in der viele Arbeitnehmer offiziell lediglich den Mindestlohn erhalten.

Da das stabile BIP-Wachstum auch 2011 anhielt (+ 5,5%), genügten zur Erreichung der Zielmarke für das staatliche Haushaltsdefizit für 2012 (2,5% des BIP) weitaus mildere Maßnahmen als in den Vorjahren (in Höhe von lediglich 0,7% des BIP), die größtenteils in Kürzungen der öffentlichen Ausgaben bestanden. Berechnungen zufolge bewegen sich sämtliche in der Krise ergriffenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, die größtenteils zu Beginn der Krise im Jahre 2009 eingeleitet wurden, in einer Größenordnung von 15% des BIP. Ende 2011 konnte Lettland mit Erfüllung aller Auflagen erfolgreich das internationale Finanzhilfeprogramm abschließen, das Land ist nach Jahren wieder unabhängig von internationalen Geldgebern geworden und kann selbst über seinen Staatshaushalt beschließen.

Ungeachtet der immer besorgniserregenderen Ereignisse in der Eurozone und der zahlreichen globalen Probleme verzeichnete Lettland im ersten Quartal 2012 mit einem weiterhin sehr ansehnlichen BIP-Wachstum (+6,9%) den besten Wert unter allen EU-Mitgliedstaaten. Für das BIP-Wachstum 2012 werden insgesamt 2-3% prognostiziert. Bei anhaltenden Exportchancen und einer zunehmenden Nachfrage auf dem Binnenmarkt wird es zu einem Produktionszuwachs im verarbeitenden Gewerbe kommen. Den wichtigsten Beitrag zum Wachstum der Branche leisten die Holz- und die Metallverarbeitung. Eine Zunahme ist auch im Handel und in der Baubranche zu erkennen, was von einer fortwährenden Belebung des privaten Verbrauchs zeugt. Nach der bisherigen Entwicklung und den Prognosen der Regierung wird es im Haushalt 2013 keinen Konsolidierungsbedarf mehr geben, und es kann über die Erhöhung einzelner Ausgaben in denjenigen Bereichen nachgedacht werden, die unter den Auswirkungen der Krise am meisten zu leiden hatten, wie etwa die Bezüge von Ärzten und Lehrern, die Finanzierung der Straßeninstandhaltung u.ä. Um die Steuerlast der Arbeitnehmer wenigstens etwas zu mildern, ist ab dem 1. Januar 2013 eine Senkung der Einkommenssteuer von 25% auf 24% vorgesehen, der ab Mitte 2013 auch eine Anhebung des Einkommensteuerfreibetrags folgen soll. Gleichzeitig muss mit steigenden Kosten in Verbindung mit Immobilienbesitz gerechnet werden, weil die Kommunen ab 2013 das Recht haben werden, Immobiliensteuern in der Größenordnung von 0,2% bis 3% des Katasterwerts der Immobilie zu erheben. Einem Vorschlag des Finanzministeriums zufolge sollte von einer Steuer auf Gebäude und Wohnungen von mehr als 1,5% abgesehen werden, worüber Regierung und Parlament allerdings noch entscheiden müssen.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Von 2001 bis zum Beginn der Krise kam es mit der Zunahme der Wirtschaftsaktivitäten in Lettland zu einem entsprechenden Anstieg der Beschäftigungsquote, während die Arbeitslosigkeit zurückging. 2008 wurden am Arbeitsmarkt in Lettland die besten Werte erzielt – die Beschäftigungsquote betrug insgesamt 75,8%, und die Zahl der Arbeitslosen sank auf 6,3% – diese Werte gehörten damals zu den besten innerhalb der EU. Die Wirtschaftskrise jedoch traf den Arbeitsmarkt Lettlands weitaus härter als den der übrigen EU-Mitgliedstaaten – die Beschäftigungszahlen gingen ähnlich rasant zurück wie das BIP. Nach Angaben von *Eurostat* stieg die Arbeitslosenquote in Lettland von 6,3% im zweiten Quartal 2008 auf 20,5% im ersten Quartal 2010. Danach begann sich die Lage langsam zu entspannen. Als erstes verloren junge Menschen, Geringqualifizierte und leider auch ältere Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz. Die am schwersten betroffenen Wirtschaftszweige waren das Baugewerbe, Industrie, Handel, Verkehr und der öffentliche Sektor. Es ist allgemein anerkannt, dass die hohe Arbeitslosigkeit während der Krise die schwerwiegendsten sozialen Auswirkungen hatte. Die erste Reaktion der Regierung auf die hohe Arbeitslosigkeit bestand darin, deren negative Folgen abzumildern – unabhängig von den Beschäftigungszeiten wurde die Arbeitslosenunterstützung nun bis zu neun Monate lang gezahlt (wobei die Höhe des Auszahlungsbetrags nach und nach verringert wurde), und diese Regelung wurde bis Ende 2011 beibehalten. Der Anteil der registrierten Arbeitslosen, die keine

Arbeitslosenunterstützung mehr erhalten, stieg von 43% im Jahr 2008 auf 66% im Jahr 2010 und 2011 sogar bis auf 76%. Erst ab Mitte 2011 begann die Zahl der registrierten Arbeitslosen, die keinerlei Unterstützung erhalten, und die der registrierten Langzeitarbeitslosen zu sinken. Die Aussichten der Arbeitslosen, in Lettland wieder Arbeit zu finden, sind aus zwei Gründen nach wie vor gering: 1) Die Zahl der offenen Stellen ist im Vergleich zur Zahl der Arbeitslosen verschwindend gering. 2) Viele Arbeitslose sind aufgrund unzureichender Qualifikationen nicht für die freien Arbeitsplätze geeignet. Bei einer Einteilung aller Arbeitslosen in verschiedene Altersgruppen zeigt sich, dass junge Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind (im März 2012 lag die Quote bei 28,1%), gefolgt von den Menschen im Vorruhestandsalter (15,7% Arbeitslosigkeit unter den 50-59-Jährigen).

Die Analyse der Beschäftigungsentwicklung während der Krise ergibt einen beträchtlichen Rückgang der Beschäftigungsquote unter den 15-64-Jährigen von 68,6% 2008 auf 61,8% im Jahr 2011. Während der Krise stieg der Anteil der Personen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben, leicht von 5,5% auf 6,6% an. Auch der Anteil der Teilzeitbeschäftigten stieg von 6,3% auf 9,2%, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, dass es für die Betroffenen unmöglich war, Vollzeitstellen zu finden. Die höchste Beschäftigungsquote war unter den 25-54-Jährigen zu verzeichnen, während die Erwerbstätigkeit unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen (im Alter von 15-24 Jahren) leider zurückging, was teilweise auch auf die Abwanderung zurückzuführen sein könnte. Die höchsten Beschäftigungszahlen wies im ersten Quartal 2012 der Handel sowie das Hotel- und Gaststättengewerbe auf – 155 600 Personen oder 18% aller Beschäftigten fanden hier Arbeit. Die Beschäftigungsquote bei Männern und Frauen ist in der Gruppe der 15-64-Jährigen fast identisch – im ersten Quartal 2012 standen 62,1% der Männer und 60,3% der Frauen in Lohn und Arbeit. Männer arbeiten zurzeit in erster Linie in der Industrie (19,7%) und im Transportwesen (16,5%), die Frauen hingegen im Handel (23,3%) und im Bildungsbereich (16,5%). Die größten krisenbedingten Veränderungen hatte der Bausektor zu verkraften, in dem 2008 noch ein Fünftel aller männlichen Beschäftigten tätig war – 2011 waren es nur noch 12,7%. In den übrigen Branchen waren im Laufe dieser Jahre keine Veränderungen in der Erwerbstätigkeit feststellbar. Daher ist anzunehmen, dass viele der betroffenen Personen sich entschlossen haben, im Ausland auf Arbeitssuche zu gehen. Das geschlechtsspezifische Lohngefälle lag in Lettland 2011 bei durchschnittlich 16,6%. Am größten war es in der Finanzbranche, am geringsten dagegen in der öffentlichen Verwaltung und im Baugewerbe.

Schaut man sich die jüngsten vorliegenden Zahlen über die Arbeitslosigkeit genauer an, zeigt sich, dass im ersten Quartal 2012 die Arbeitslosenquote in Lettland nach Angaben von Eurostat 16,3% betrug, während die Zahl der beim Nationalen Amt für Beschäftigung NVA registrierten Arbeitslosen im Mai 2012 offiziell bei 12,3% lag – 0,6 Prozentpunkte weniger als im Monat zuvor. In Lettland unterscheiden sich die einzelnen Regionen in puncto Arbeitslosigkeit recht stark voneinander: In Latgale (Lettgallen) lag die Arbeitslosigkeit im Mai 2012 bei 23,4%, im Distrikt Riga bei 8,5%, in Kurzeme (Kurland) bei 13,2%, in Zemgale (Semgallen) bei 13,6% und in Vidzeme (Livland) bei 14,4%. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen lag Ende März 2012 bei 42,6% aller registrierten Arbeitslosen. Die meisten beim Nationalen Amt für Beschäftigung NVA gemeldeten Arbeitslosen suchen Arbeit in einfachen Berufen (als Hilfsarbeiter, Verkäufer im Einzelhandel, Reinigungskräfte). Gleichzeitig gab es im März 2012 – nach den beim Nationalen Amt für Beschäftigung gemeldeten freien Stellen zu urteilen – den größten Arbeitskräftebedarf in der verarbeitenden Industrie, im Groß- und Einzelhandel, in den Bereichen Transport und Lagerung, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie Hotel- und Gaststättengewerbe. Am 31. März 2012 waren 42,6% aller registrierten Arbeitslosen länger als ein Jahr und 8,3% länger als drei Jahre ohne Erwerbstätigkeit. 11,9% aller Arbeitslosen hatten eine höhere Ausbildung, 15,5% von ihnen waren Wirtschaftsfachleute, 14,3% Ingenieure und

11% Lehrer. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen übersteigt die Zahl der offenen Stellen immer noch bei weitem – im März 2012 kamen auf jede freie Stelle 44 Arbeitslose. Die Zahl der vom Nationalen Amt für Beschäftigung registrierten offenen Stellen betrug Ende März 2012 lediglich 2900. Die meisten freien Stellen gab es Anfang 2012 in der verarbeitenden Industrie, wo qualifizierte Arbeitskräfte gesucht wurden.

Eine der schmerzhaftesten Folgen der Krise in Lettland ist die Tatsache, dass viele wirtschaftlich aktive und junge Menschen das Land verlassen haben, um im Ausland bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu finden. Da die Regierung sich für den Weg einer sog. internen Abwertung entschied (Verringerung der Löhne und Gehälter, der Zahl der Beschäftigten und der öffentlichen Ausgaben), gingen zahlreiche Menschen ohne Arbeit und Einkommen auf der Suche nach neuen Arbeitsmöglichkeiten ins Ausland, vor allem nach Westeuropa, deren Arbeitsmärkte Wanderarbeitnehmern zu jener Zeit bereits offen standen (mit Ausnahme von Deutschland, das seinen Arbeitsmarkt erst später öffnete). Leider ist aus keiner der zur Verfügung stehenden Informationsquellen die genaue Zahl der Auswanderer zu ermitteln, denn nicht alle Menschen, die das Land für eine längere Zeit verlassen, setzen die Behörden davon in Kenntnis. Untersuchungen nationaler Experten haben ergeben, dass sich die Zahl derjenigen, die das Land verlassen haben, auf bis zu 200 000 belaufen könnte. Eine 2011 durchgeführte Volkszählung bestätigt diese Untersuchungen zum Teil: Während im Jahr 2000 die Einwohnerzahl Lettlands noch 2,4 Mio. betrug, lag sie 2011 nur noch bei 2 Mio. Die Einwohnerzahl hat sich allerdings auch aufgrund negativer demografischer Tendenzen verringert.

Neben der Arbeitslosigkeit ist die vergleichsweise hohe Steuerlast ein weiteres großes Problem des lettischen Arbeitsmarktes. Zu den Steuern eines Arbeitnehmers in Lettland zählen die Einkommensteuer, die zur Zeit 25% beträgt, und die Pflichtbeiträge zur staatlichen Sozialversicherung, die sich auf 35,09% des Einkommens beläuft (11% werden von den Löhnen und Gehältern der Beschäftigten abgezogen, und 24,09% zahlt der Arbeitgeber). Vergleicht man die Einkommensteuer in Lettland (25%) mit den progressiven Einkommensteuersätzen in anderen EU-Mitgliedstaaten, so scheint die Steuerbelastung in Lettland eher gering zu sein. Vor dem Hintergrund jedoch, dass Geringverdiener in den Industrieländern Vergünstigungen verschiedener Art erhalten und auf ihr Einkommen ein geringerer Steuersatz angewendet wird, erscheint die Situation in einem ganz anderen Licht. Bei einem Vergleich der von Eurostat berechneten steuerlichen Belastung von Geringverdienern in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten zeigt sich, dass Lettland im Jahr 2010 an 6. Stelle stand und damit selbst Schweden hinter sich gelassen hat, das als ein Land mit hohen Steuern angesehen wird. Auch im Vergleich mit den beiden anderen Staaten des Baltikums ist die steuerliche Belastung der Arbeitskräfte in Lettland am höchsten. Die lettische Regierung hat diese Situation, die die Wettbewerbsfähigkeit Lettland im internationalen Maßstab drastisch verschlechtert, endlich zur Kenntnis genommen und deshalb einen Plan erarbeitet, um den Einkommensteuersatz bis 2015 schrittweise auf 20% zu senken und gleichzeitig den Steuerfreibetrag zu erhöhen. Arbeitnehmer, die lediglich den auf nationaler Ebene festgelegten Mindestlohn erhalten (200 Lat pro Monat) sind nach Abzug aller Steuern nicht in der Lage, mit dem verbleibenden Gehalt ihre grundlegenden Bedürfnisse zu befriedigen, denn das vom lettische Zentralamt für Statistik (CSP) errechnete Existenzminimum pro Person betrug im Mai 2012 monatlich 176,26 Lat. Da das lettische Zentralamt für Statistik zur Berechnung des Existenzminimums eine veraltete Methode verwendet, liegt das Existenzminimum in Wirklichkeit noch höher.

Die Schattenwirtschaft nahm in den Jahren der Krise nie gekannte Ausmaße an – einzelne Experten bezifferten sie auf bis zu 40% des BIP. Eine im Mai 2012 veröffentlichte Untersuchung der Wirtschaftsuniversität Riga zeigt, dass die Schattenwirtschaft in Lettland im Jahr 2011 auf

30% des BIP zurückgegangen ist, aber auch das ist noch ein erschreckend hoher Anteil, auch im Vergleich mit den Nachbarländern Litauen (17%) und Estland (19%). Nach dieser Untersuchung melden lediglich 36,5% der privaten Unternehmen Lettlands alle ihre Arbeitskräfte an, und nur 14,6% deklarieren die vollständigen Löhne und Gehälter aller ihrer Mitarbeiter beim lettischen Finanzamt (*Valsts ieņēmumu dienests, VID*). In Betrugsfällen wird durchschnittlich ein Drittel des tatsächlich gezahlten Arbeitsentgelts vor dem Finanzamt verheimlicht, um weniger Steuern zahlen zu müssen und damit der Mitarbeiter mehr Geld auf die Hand erhält. Ist ein Unternehmen in der Schattenwirtschaft tätig, hält es seine Mitarbeiter und deren Gehälter geheim und beschäftigt es Personen ohne Arbeitsvertrag, dann kann von normalen Arbeitsbedingungen, von der Einhaltung der Bestimmungen für die Sicherheit am Arbeitsplatz und anderer Vorschriften nicht die Rede sein. Die staatliche Gewerbeaufsicht (*Valsts darba inspekcija, VDI*) kontrolliert in Lettland die Einhaltung der erwähnten Bestimmungen, doch leider sind ihre Kapazitäten sehr beschränkt, denn während der Krise haben Einschnitte bei der Finanzierung und Personalabbau auch vor dieser Behörde nicht Halt gemacht. Die Informationen der Gewerbeaufsicht machen deutlich, dass sich die Situation auf diesem Gebiet weiter verschlechtert: In den ersten fünf Monaten des Jahres 2012 sind im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum 10% mehr Fälle illegaler Beschäftigung aufgedeckt worden. Zugenommen hat auch die Zahl der Unternehmen, in denen Menschen ohne Arbeitsvertrag beschäftigt werden.

Bei einer Analyse der Statistik über den Rückgang bei der Entlohnung der Arbeitskräfte im öffentlichen und privaten Sektor in Lettland während der Krise muss sehr behutsam vorgegangen und das immense Ausmaß der Schattenwirtschaft im Land berücksichtigt werden, das aufgrund der Krise noch weiter ansteigt. Wenn auch die Statistik zeigt, dass die Lohn- und Gehaltszahlungen im öffentlichen Sektor stärker zurückgegangen sind als im privaten Sektor (-26% gegenüber -10%) – wobei der Durchschnittslohn im privaten Sektor weiterhin hinter dem Durchschnittslohn im öffentlichen Sektor zurückbleibt – so waren die realen Lohnkürzungen doch vergleichbar, denn im Privatsektor wurde ein Teil des Lohns inoffiziell (an der Steuer vorbei) ausgezahlt, so dass die Kürzung dieses Teils der Entlohnung in keiner Statistik aufscheint.

Das System der sozialen Sicherheit

Große Probleme entstanden der Regierung während der Krise im Zusammenhang mit dem staatlichen Sozialversicherungshaushalt, in den die Sozialversicherungspflichtbeiträge einfließen und aus dem die Ruhegehälter und Sozialhilfeleistungen gezahlt werden. Zu Beginn der Krise gingen die Zahlungen in den Sozialhaushalt deutlich zurück, während die notwendigen Ausgaben beträchtlich zunahmen. Als Folge davon schmolzen die in den Jahren des Aufschwungs entstandenen Rücklagen im Sozialversicherungshaushalt bedeutend schneller als erwartet zusammen, und die Regierung musste überlegen, wie es weitergehen sollte. Noch vor der Krise wurde ein Großteil des Sozialhaushalts durch Termineinlagen in den Staatshaushalt zur Deckung des staatlichen Haushaltsdefizits verwendet. Mit Beginn der Krise gingen die Haushaltseinnahmen deutlich zurück, so dass die "verliehenen" Gelder aus dem Sozialhaushalt nicht zurückgezahlt werden konnten. Zusätzliche Probleme entstanden auch dadurch, dass in den Jahren des Aufschwungs, als die Steuereinnahmen höher waren als prognostiziert, die Regierung eine neue Sozialbeihilfe für Eltern (Elternbeihilfe) einführte, die durch die obligatorischen Sozialversicherungsbeiträge faktisch nicht gedeckt war. Die erste Maßnahme zur Aufstockung der Mittel des Sozialhaushalts war die Senkung des Beitragssatzes für die öffentliche Rentenkasse (2. Pfeiler des Rentensystems) von 8% auf 2%, was höhere Einnahmen für den 1. Pfeiler bzw. den Sozialhaushalt bedeutete. Im Juni 2009 versuchte die Regierung in einem weiteren Schritt, die Zahlungen aus dem Sozialhaushalt zu verringern und die Renten um 10% zu kürzen, doch aufgrund eines Urteils des Verfassungsgerichts scheiterte sie damit. Ein dritter

Schritt bestand darin, von 2010 bis 2014 alle Arten von Sozialleistungen (auch die Arbeitslosenunterstützung) zu begrenzen und unabhängig vom Einkommen des Betroffenen vor Antragstellung Höchstgrenzen für diese Leistungen festzulegen. Der vierte Schritt im Zusammenhang mit dem Sozialhaushalt war die Anhebung des obligatorischen Sozialversicherungsbeitrags der Arbeitnehmer von 9% auf 11% seit Januar 2011. Als fünften Schritt kann die bereits genehmigte schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters von 62 auf 65 Jahre angeführt werden: Ab 2014 soll es pro Jahr um drei Monate ansteigen und so 2025 65 Jahre betragen. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters begründete die Regierung in erster Linie damit, dass widrigenfalls der Staat bereits nach wenigen Jahren nicht mehr über ausreichende Mittel verfügen werde, um die aktuellen und künftigen Ruhegehälter zahlen zu können. Die Beschäftigung werde nicht nennenswert ansteigen, während auf der anderen Seite aufgrund der Alterung der Gesellschaft die Zahl der Rentner weiter anwachsen werde (Anfang 2012 kamen auf einen Rentenempfänger 1,59 Steuerzahler).

Durch Nutzung von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds ESF und unter Gewährleistung einer entsprechenden Kofinanzierung seitens des Staates hat die Regierung ein Netz der sozialen Sicherheit geknüpft, um die am stärksten benachteiligten Gruppen der Gesellschaft aufzufangen. Einer der ersten Schritte war die Anhebung des Garantierten Mindesteinkommens (auf 40 Lat pro Monat für Erwachsene und 45 Lat pro Monat für Kinder) für die Personen, die keine Arbeitslosenunterstützung mehr erhalten können und über keine anderen Mittel verfügen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. 50% des Garantierten Mindesteinkommens und 20% der Wohnungszulage stammen aus dem Staatshaushalt. Die übrigen Mittel müssen die Kommunen aufbringen. Das Recht auf das Garantierte Mindesteinkommen hatten all diejenigen, die als bedürftig anerkannt waren (in den letzten drei Monaten durchschnittliche monatliche Einkünfte von weniger als 90 Lat pro Person bzw. pro Familienmitglied; auch die Vermögensverhältnisse werden berücksichtigt) und deren monatliche Einkünfte geringer waren als das Garantierte Mindesteinkommen. Für die Empfänger von Alters- und Invaliditätsrenten konnte die Kommune eine andere Höhe für das Garantierte Mindesteinkommen festlegen, das nicht weniger als 40 Lat und nicht mehr als 90 Lat im Monat betragen durfte. Das Garantierte Mindesteinkommen für eine Familie wurde als Differenzbetrag zwischen dem errechneten Mindesteinkommen (Zahl der Familienmitglieder x Garantiertes Mindesteinkommen) und den bisherigen Gesamteinkünften der Familie errechnet. Diese Regelung gilt auch noch heute. Nach Informationen des Sozialministeriums erhielten 2009 25 000 Familien eine Unterstützung zur Sicherung des Garantierten Mindesteinkommens, und 2010 waren es schon 49 000 Familien. Eine Wohnungszulage erhielten 2009 87 000 Familien, und 2010 waren es 98 000 Familien.

Die lettische Regierung hat sich während der Krise zwar bemüht, die Staatsausgaben im Bereich des Sozialschutzes zu erhöhen, doch ist ihr das nicht besonders gut gelungen: 2009 wurden in Lettland lediglich 17% des BIP für Sozialausgaben aufgewendet, im EU-Durchschnitt waren es dagegen 30%. 2010 stiegen diese Ausgaben nur unwesentlich – auf 18% des BIP. Die Arbeitslosenunterstützung wurde lediglich 9 Monate gezahlt, wobei der Betrag schrittweise verringert wurde und sich in den letzten drei Monaten jeweils nur noch auf 45 Lat belief. Seit Beginn des Jahres 2012 ist die Dauer der Arbeitslosenunterstützung (4-9 Monate) abhängig von den Beschäftigungszeiten, wobei der Arbeitslose in den letzten Monaten nur noch 50% des ihm anfänglich zugestandenen Arbeitslosengeldes erhält. Als sehr populär unter den Arbeitslosen erwies sich das befristete Programm für gemeinnützige Arbeit, das das Sozialministerium mit Unterstützung der Weltbank und des ESF einführte. Durch die Teilnahme an diesem Programm konnten die Arbeitslosen monatlich 100 Lat verdienen, was zwar keine große, aber in Zeiten der Krise doch eine Hilfe war. In Zusammenarbeit der Kommunen mit dem Nationalen Amt für

Beschäftigung NVA wurde dieses Programm von September 2009 bis Dezember 2011 durchgeführt, wobei im dritten Quartal 2011 die Vergütung auf 80 Lat pro Monat reduziert wurde. Insgesamt nahmen an diesem Programm etwa 120 000 Personen teil, und so wurden ca. 80 000 befristete Arbeitsplätze in den Gemeinden geschaffen. 2012 und 2013 werden Langzeitarbeitslose die Möglichkeit haben, sich unter vergleichbaren Bedingungen am neuen, aus ESF-Mitteln finanzierten Programm "Befristet beschäftigte Arbeitnehmer" zu beteiligen und dafür monatlich 100 Lat zu erhalten. Im Verlauf dieser zwei Jahre sollen mit Hilfe von 14 Mio. Lat Unterstützung aus dem ESF etwa 30 000 Arbeitslose beschäftigt werden.

Zusätzlich zu dem erwähnten befristeten Programm für gemeinnützige Arbeit traf die Regierung verschiedene aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die mit Hilfe des ESF und der Weltbank finanziert wurden. Alle diese Maßnahmen lassen sich vier großen Gruppen zuordnen: 1) Weiterbildung für Arbeitslose; 2) Weiterbildung für von der Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmer; 3) beschäftigungsfördernde Maßnahmen; 4) Laufbahnberatung. Die Maßnahmen betrafen folgende wichtige Themenbereiche:

- Berufliche Fortbildung, Umschulung und Erhöhung der beruflichen Qualifikationen. Arbeitslose haben die Möglichkeit, das erste und zweite Qualifizierungsniveau der beruflichen Weiterbildung zu erreichen. Die Kosten für diese Ausbildung können mithilfe der vom Nationalen Amt für Beschäftigung herausgegebenen Weiterbildungscoupons gedeckt werden.
- Maßnahmen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, die darauf ausgerichtet sind, die Wettbewerbsfähigkeit Arbeitsloser, Arbeitssuchender und von Arbeitslosigkeit bedrohter Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.
- für bestimmte Personengruppen bestimmte Maßnahmen, die darauf abzielen, Arbeitslose auf staatlich kofinanzierten Arbeitsstellen zu beschäftigen.
- Maßnahmen zur Förderung der Aufnahme einer Geschäftstätigkeit oder einer selbständigen Tätigkeit.
- Fortbildung beim Arbeitgeber, um die Fachkräfte auszubilden, die er braucht.
- Komplexe Fördermaßnahmen.

Im ersten Quartal 2012 nahmen 57 600 Arbeitslose an den vom Nationalen Amt für Beschäftigung organisierten aktiven Beschäftigungsmaßnahmen teil (jeder Arbeitslose kann an mehreren Maßnahmen teilnehmen). Die beliebtesten aktiven Beschäftigungsmaßnahmen sind bisher die Maßnahmen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, bezahlte gemeinnützige Arbeiten und informelle Bildungsmaßnahmen. Bei einer Bewertung der Wirksamkeit der vom Nationalen Amt für Beschäftigung organisierten aktiven Beschäftigungsmaßnahmen ergibt sich folgende Statistik:

- 33,5% der Arbeitslosen, die zwischen dem 1. Oktober 2010 und dem 30. September 2011 eine berufliche Ausbildung, eine Umschulung oder qualifikationserweiternde Maßnahmen durchlaufen haben (6 925 Personen), fanden innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung der Maßnahme wieder einen Arbeitsplatz.
- 30,7% der Arbeitslosen, die zwischen dem 1. Oktober 2010 und dem 30. September 2011 an einer informellen Bildungsmaßnahme teilgenommen haben (24 650 Personen), fanden innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung der Maßnahme wieder einen Arbeitsplatz.
- 19,8% der Arbeitslosen, die zwischen dem 1. Oktober 2010 und dem 30. September 2011 an dem informellen Bildungsprogramm "Erwerb der Landessprache" teilgenommen haben (6 141 Personen), fanden innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung der Maßnahme wieder einen Arbeitsplatz.

Sozialer Dialog

Der wichtigste Ort, an dem während der Krise in Lettland der trilaterale soziale Dialog zwischen der Regierung, den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern (*Latvijas Brīvo arodbiedrību savienība*, LBAS, Freier Gewerkschaftsbund Lettlands) stattfand, war der Nationale trilaterale Kooperationsrat NTSP (*Nacionālās Trīspusējās sadarbības padome*), der auch jetzt noch tätig ist. Im Rahmen dieses trilateralen Kooperationsrates sind acht Ausschüsse für folgende Bereiche zuständig: Arbeit, soziale Sicherheit, berufliche Bildung und Beschäftigung, Gesundheitswesen, Verkehr und Kommunikation, Umweltschutz, Regionalentwicklung sowie öffentliche Sicherheit. Ungeachtet der offiziell anerkannten Bedeutung des NTSP hat die Regierung häufig eine rechtzeitige Konsultation des Kooperationsrates über wichtige Fragen vermieden, und wenn es doch einmal nach Erörterung einer bestimmten Frage zu einem Kompromiss kam, so war dieser weder für die Regierung, noch für das Parlament bindend. Diesem Mangel möchte der Freie Gewerkschaftsbund LBAS in naher Zukunft Abhilfe schaffen. Um einen besseren sozialen Dialog und eine bessere Einbindung der Sozialpartner in die Beschlussfassung über strategisch wichtige Fragen in Zeiten der Krise zu gewährleisten, beschloss der lettische Ministerpräsident Valdis Dombrovskis im Juli 2009, eine Lenkungsgruppe zur Steuerung des Reformprozesses einzuberufen, dem der Freie Gewerkschaftsbund Lettlands LBAS, der lettische Arbeitgeberverband LDDK, die Industrie- und Handelskammer Lettlands LTRK, der Verband der Gebietskörperschaften Lettlands LPS und Vertreter der Regierung angehören. Die wichtigste Aufgabe dieser Lenkungsgruppe bestand darin, zunächst einen nationalen Haushaltsentwurf für das Jahr 2010 aufzustellen und dann auf lange Sicht für das Jahr 2012 einen nationalen Haushalt mit einem Defizit unter 3% des BIP zu erarbeiten. Auf diese Weise versuchte der Ministerpräsident, auch die Unterstützung der Sozialpartner für die von der Regierung vorgeschlagenen Sparmaßnahmen zu erhalten und gleichzeitig die Öffentlichkeit zu beruhigen und ihr zu zeigen, dass echte Diskussionen und Konsultationen stattfinden. Um die für die Lenkungsgruppe festgelegten Aufgaben erfolgreich durchzuführen, wurde beschlossen, bei echten Strukturreformen anzusetzen und auf diese Weise die Verringerung des Haushaltsdefizits und die Überwindung der Wirtschaftskrise voranzutreiben. Anstatt dessen jedoch wurde in der Lenkungsgruppe vor allem über die anstehende Haushaltskonsolidierung diskutiert und die Strukturreformen damit in den Hintergrund gedrängt. Die Lenkungsgruppe zur Steuerung des Reformprozesses ist auch jetzt noch tätig. Im Laufe dieser Jahre wurden verschiedene Fragestellungen diskutiert und entschieden, beispielsweise zu folgenden Themen: Perspektiven der Volkswirtschaft in Lettland, Prinzipien und Ausrichtung der Strukturreformen, Beschäftigung, Steuerpolitik, soziale Absicherung, Reformen in der öffentlichen Verwaltung, Grundsätze für die Verwaltung der staatlichen Kapitalgesellschaften etc.

Während der Krise forderten die Arbeitgeber wiederholt den Freien Gewerkschaftsbund Lettlands LBAS auf, als Sozialpartner von Artikel 110 des lettischen Arbeitsgesetzes Abstand zu nehmen, in dem der Schutz des Arbeitnehmers als Gewerkschaftsmitglied festgeschrieben ist – und damit die Garantie, dass er ohne vorherige Zustimmung der Gewerkschaft nicht entlassen werden kann, außer in bestimmten Fällen, beispielsweise Alkohol am Arbeitsplatz u.ä. In Übereinstimmung mit dem Arbeitsgesetz können Gewerkschaftsmitglieder ohne Zustimmung der Gewerkschaft nur durch Gerichtsbeschluss entlassen werden. Seitens der Arbeitgeber sind verschiedentlich Versuche unternommen worden, die in den bis dato geschlossenen Tarifverträgen enthaltenen Sozialgarantien nicht einzuhalten, beispielsweise bezüglich des Arbeitgeberbeitrags zur privaten Rentenversicherung der Arbeitnehmer. Selbst von Seiten der Regierung gab es Aufforderungen, bestimmte Verpflichtungen der Tarifverträge zu missachten. Für die Beschäftigten der staatlichen und kommunalen Behörden hat die Regierung 2009 eine

besonderes Gesetz erlassen, das "Besoldungsgesetz für die Beamten und Beschäftigten der staatlichen und kommunalen Behörden", in dem strikte Beschränkungen für die Entlohnung und Unterstützung von Arbeitnehmern sowie für Sozialgarantien festgeschrieben und damit von Anfang an die in den Tarifverträgen (wo es sie denn gab) enthaltenen Verpflichtungen missachtet wurden. Dank der beständigen Forderungen des LBAS und seiner unaufhörlichen Arbeit ist es gelungen, dass ungeachtet der Wirtschaftskrise auch in staatlichen und kommunalen Kapitalgesellschaften die in den Tarifverträgen enthalten Arbeitnehmerrechte eingehalten werden. Im April 2010 bestätigte die Regierung die "Bestimmungen über das Verzeichnis der Kapitalgesellschaften", in dem alle staatlichen und kommunalen sowie öffentlich-privaten Kapitalgesellschaften aufgelistet werden, die nach Erfüllung bestimmter Kriterien Prämien, Sondervergütungen und Unterstützungen auszahlen und auf andere Weise materielle Anreize geben dürfen.

Die Macht der Gewerkschaften ist während der Krise leider zurückgegangen, denn als die Zahl der Beschäftigten sank, ging auch die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder bedeutend zurück. Der Freie Gewerkschaftsbund LBAS vertritt zurzeit etwa 100 000 Arbeitnehmer bzw. 12% aller Beschäftigten. Vor der Krise war die Zahl der Mitglieder anderthalbmal so hoch. Auch die Flächendeckung der Tarifverträge ging auf etwa 20% zurück. Das Streikrecht in Lettland ist eingeschränkt – wenn ein Streik vor Gericht angefochten wird, muss er bis zur Urteilsverkündung ausgesetzt werden. Bestimmten Berufsgruppen, die Dienstleistungen von nationaler Bedeutung verrichten (Richter, Staatsanwälte, Polizisten, Feuerwehrleute u.ä.), ist es untersagt zu streiken. Solidaritätsstreiks, die nicht zur Einhaltung der Bestimmungen eines allgemeingültigen Rahmentarifvertrags dienen, sind verboten. Aus den genannten Gründen ist es in Lettland während der Krise nicht wie in anderen EU-Mitgliedstaaten, in denen die Sparmaßnahmen nicht einmal so streng waren, zu breit angelegten und umfangreichen Protestaktionen gekommen.

Vorschläge der Gewerkschaften zur Bewältigung der Auswirkungen der Krise

Als wichtigstes Sprachrohr seiner Mitgliedsgewerkschaften und als Vertreter der Arbeitnehmerinteressen in Lettland hat sich der Freie Gewerkschaftsbund LBAS nicht nur aktiv an den Diskussionen über die von der Regierung vorgeschlagenen Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen beteiligt, sondern ist auch selbst mit Vorschlägen an die Regierung herantreten, um die Wirtschaft voranzubringen, die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer zu verbessern und das soziale Wohl zu fördern. Der LBAS hat bereits seit 2009 mehrfach darauf hingewiesen, dass eine mittelfristige Planung des Staatshaushalts dringend erforderlich ist. Damit ist gemeint, dass der Staatshaushalt zur Sicherung der langfristigen Entwicklung nicht nur für ein Jahr (d.h. das nächste Haushaltsjahr), sondern für die jeweils kommenden drei bis vier Jahre anzulegen ist. Die amtierende Regierung hat erklärt, ab 2014 die mittelfristige Hausaltsplanung einzuführen.

Der LBAS hat unablässig an die Regierung appelliert, durch Zurückdrängung der Schattenwirtschaft zusätzliche Einnahmen für den Staatshaushalt zu schaffen. Erst 2010 wurde auf Druck der Sozialpartner ein echter Plan zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft und Förderung des legalen Unternehmertums ausgearbeitet. Diesem Plan zufolge werden für 2011 zusätzliche Einnahmen in Höhe von 15 Mio. Lat aus der Bekämpfung der Schattenwirtschaft in den Betrag zur Haushaltskonsolidierung eingerechnet.

Eine der Maßnahmen, für die sich der LBAS in seinen Gesprächen mit der Regierung einsetzte, ist die Beibehaltung der staatlichen Unterstützung für die Familien. Damit auch weiterhin für alle Kinder in Lettland eine staatliche Familienbeihilfe gezahlt werden kann, hat der

LBAS mehrere alternative Finanzierungsquellen zur Konsolidierung der Staatsfinanzen ins Gespräch gebracht, darunter: die effektivere Bewirtschaftung des Staatskapitals, die Erhöhung der Finanzstabilitätsabgabe für Geschäftsbanken, die Zusammenlegung der Unterstützungsabteilungen der Ministerien (Buchhaltung, Fuhrpark und dessen Wartung, Personalabteilungen etc.).

Auf dem 7. LBAS-Kongress Ende 2011 wurde die strategische Handlungsrichtung für den Zeitraum 2012-2016 abgesteckt und eine EntschlieÙung des Kongresses angenommen. Darin appelliert der LBAS an die Regierung, die Steuerlast der Arbeitnehmer zu mildern sowie Unternehmen, die sich mit Tarifvereinbarungen binden, Steuererleichterungen zu gewähren, um die ihnen durch die Gewährleistung tarifvertraglich verankerter sozialer Garantien entstehenden Kosten teilweise zu kompensieren und das sozial verantwortliche Unternehmertum zu fördern.

Wichtigste Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die Zukunft

Vor der Krise wies Lettland eine der weltweit höchsten Wachstumsraten auf, doch seit dem Ausbruch der Krise büÙte das Land in nur wenigen Jahren etwa ein Viertel seines BIP ein. Trotz der zurzeit guten Entwicklungsgeschwindigkeit machen die Berechnungen des Wirtschaftsministeriums deutlich, dass Lettland bestenfalls im Jahr 2015 wieder den Entwicklungsstand wie vor der Krise erreicht haben wird. Die wichtigste Ursache für die Krise war der Umstand, dass die Entwicklung des Landes nicht auf der Industrieproduktion, sondern auf billigem und frei zugänglichem Auslandskapital basierte, das von den Geschäftsbanken in Form von Krediten vergeben und in den Konsum investiert wurde. So wurde der Anschein eines wachsenden und tragfähigen Wohlstands des Landes erweckt. Der Boom in der Baubranche und beim An- und Verkauf von Immobilien förderte den Handel und den Warenimport, trieb sowohl die Inflation als auch die Löhne und Gehälter nach oben, und das alles setzte sich bis zu dem Augenblick fort, als aufgrund der weltweiten Finanzkrise der ausländische Kapitalstrom nach Lettland versiegte. Die Baubranche und der Binnenhandel brachen dramatisch ein, und andere Zweige der Volkswirtschaft waren nicht so widerstandsfähig, um dem Staat Einnahmen in ausreichender Höhe zu sichern. Daher war die Krise so heftig und schmerzhaft. Obwohl Lettland als EU-Mitgliedstaat die Freizügigkeit des ausländischen Kapitals nicht einschränken konnte, hatte die lettische Zentralbank (*Latvijas Banka*) zumindest die Möglichkeit, den Umfang der Kreditvergabe durch die Geschäftsbanken zu begrenzen. Leider wurde diese Maßnahme zu spät ergriffen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Erfahrung und eine verbesserte Aufsicht über die Geschäftsbanken in der gesamten Europäischen Union dazu beitragen werden, vergleichbare Fehler in Zukunft zu vermeiden.

Die Art und Weise, wie Lettland die Krise überwunden hat, und die Folgen der Krise sind darauf zurückzuführen, dass die lettische Regierung sich weigerte, die nationale Währung abzuwerten, indem sie strikt an dem im Vorfeld festgelegten fixen Wechselkurs zum Euro festhielt. Als Argumente für diese Entscheidung wurden die Sicherung der Stabilität des Bankensystems, die Abwendung der regionalen Krise im Baltikum und in seinen Nachbarstaaten sowie der Wunsch Lettlands ins Feld geführt, möglichst bald der Eurozone beizutreten, was sowohl einen fixen Wechselkurs als auch ein niedriges Haushaltsdefizit (weniger als 3% des BIP) voraussetzt. Es muss jedoch erwähnt werden, dass die Unterstützung der Öffentlichkeit Lettlands für den Beitritt zur Eurozone nie sehr groß war, insbesondere nicht in der letzten Zeit, als die Eurozone von den Problemen im Zusammenhang mit den Staatsverschuldungen heimgesucht wurde. Mehrere einheimische und internationale Wirtschaftsexperten äußerten ihre Bedenken über die Entscheidung der Regierung, eine interne Abwertung durchzuführen, eine Abwertung der einheimischen Währung jedoch nicht zuzulassen, und behaupteten, dass nach den

Erfahrungen anderer Staaten ein Land durch die Abwertung seiner Währung schneller wieder auf die Beine komme, da dadurch der Export angekurbelt werde. Auch der Rückgang des BIP sei nicht so stark, und internationale Kredite könnten dann zur Abwendung der Zahlungsfähigkeit der Geschäftsbanken und nicht des Staates verwendet werden. Ob das wirklich so wäre, wird man nie erfahren, man kann es nur vermuten.

Positiv zu werten ist die Tatsache, dass Lettland von den 7,5 Mrd. EUR an internationalen Krediten, die dem Land zur Verfügung standen, nur 4,5 Mrd. EUR gebraucht hat. Der wichtigste Grund dafür bestand darin, dass der Staat auf dem Höhepunkt der weltweiten Finanzkrise nur eine der großen Geschäftsbanken Lettlands retten musste. Auch die Reformen in der öffentlichen Verwaltung des Landes trugen zur Einsparung von Finanzmitteln bei: In den Ministerien und in der öffentlichen Verwaltung wurde die Zahl der Beschäftigten verringert und die Funktionsweise des Systems auf diese Weise effektiver und wirtschaftlicher gestaltet. Vom Standpunkt der Sozialpartner der Regierung aus gesehen könnte die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung jedoch noch weiter optimiert werden, daher muss die Arbeit in dieser Richtung fortgesetzt werden. Während der Krise stieg die Produktivität der Beschäftigten Lettlands: 2008 betrug sie lediglich 51,6% der durchschnittlichen Produktivität in der EU-27, 2010 lag der Wert jedoch bereits bei 54,6%. Auf der einen Seite ist das sehr positiv zu bewerten, auf der anderen Seite jedoch muss man bedenken, dass diese Entwicklung in erster Linie auf den Rückgang der Beschäftigtenzahlen zurückzuführen ist, denn die Unternehmen verfügten nicht über freie Finanzmittel, die sie in neue Technologien und Anlagen hätten investieren können. Wenn Lettland seine Produktivität weiter erhöhen will, müssen die Investitionen für die Ausstattung der Arbeitsplätze mit neuer Technologie und neuen Anlagen weiter erhöht werden.

In jüngster Zeit wird sowohl in Lettland als auch in der EU häufig die Frage gestellt, ob Lettlands Weg aus der Krise wirklich eine Erfolgsgeschichte ist und ob der verwendete Lösungsansatz auch in anderen von der Krise betroffenen EU-Mitgliedstaaten zur Anwendung kommen könnte. Als Antwort auf die erste Frage können die wichtigsten volkswirtschaftlichen Indikatoren vor der Krise, während der Krise und nach der Krise miteinander verglichen werden. Die einzigen offensichtlichen Verbesserungen sind eine nahezu ideale Leistungsbilanz (-1,2% vom BIP) und ein niedrigere Inflation. Vergleicht man die Situation in der schwersten Zeit der Krise mit der heutigen Lage, dann ist freilich festzustellen, dass das BIP gestiegen, die Arbeitslosigkeit zurückgegangen, das durchschnittliche Einkommen leicht gestiegen und das Haushaltsdefizit gesunken ist – alles das ist positiv zu sehen, doch bleiben diese Indikatoren allesamt hinter den Werten vor der Krise zurück. Am beunruhigendsten ist jedoch die Tatsache, dass es mehrere Indikatoren gibt, die sich verschlechtert haben und die sich weiterhin verschlechtern – die steuerliche Belastung der Arbeitskräfte, der Anteil der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen (40,1% im Jahr 2011) und die Einwohnerzahl des Landes insgesamt. Wenn die Regierung ihre Versprechen wahr macht und die Arbeitskräfte 2013 steuerlich ein wenig entlastet, könnte dies auch zu einer Verringerung des von Armut bedrohten Teils der Bevölkerung führen. Es sei jedoch dahingestellt, ob eine solche Maßnahme auch eine Erhöhung der Bevölkerungs- und Beschäftigtenzahlen insgesamt bewirken würde. Und hier zeigt sich der größte Aderlass, den Lettland während der Krise zu erleiden hatte – nämlich der Verlust an Staatsbürgern, vor allem an Menschen im erwerbsfähigen Alter, die die Entwicklung dieses Landes vorantreiben müssten. Während die Staatsausgaben während der Krise zurückgingen, ging auch die Bevölkerungszahl des Landes zurück.

Eine kurze Antwort auf die zweite Frage könnte so aussehen, dass die Lösungswege Lettlands theoretisch natürlich auch von anderen krisengeschüttelten Staaten eingeschlagen werden können, doch ist es fraglich, ob diese Maßnahme auch positive Ergebnisse zeitigen würde.

Bei der Entscheidung über den einen oder anderen Lösungsansatz müssten stets die konkrete Situation in dem jeweiligen Land und seine Besonderheiten berücksichtigt werden. Vieles, wenn nicht gar alles ist abhängig von den Regierungsentscheidungen und den Einwohnern des jeweiligen Staates. Einer der objektiven Faktoren, der Lettland von anderen von der Krise betroffenen Staaten – insbesondere in Südeuropa – unterscheidet, war der relativ geringe gesamtstaatliche Bruttoschuldenstand vor der Krise. Trotz des umfangreichen internationalen Kredits stieg der gesamtstaatliche Bruttoschuldenstand Lettlands von nur 9% im Jahr 2007 auf 44,7% im Jahr 2010. Zurzeit liegt er bei etwa 43% (Schuldenstand des Zentralstaats im 1. Quartal 2012: 38,3%). Die lettische Regierung unter Valdis Dombrovskis behauptete, dass der größte Teil der Bevölkerung während der Krise die Politik der Regierung und die Sparmaßnahmen unterstützt habe, da es zu keinen nennenswerten Protestaktionen, Demonstrationen und Massenbewegungen gekommen sei. Auch den Sieg bei den Parlamentswahlen im Jahre 2010 bewertete der Ministerpräsident als Sieg seiner Politik. In Wirklichkeit jedoch äußerte sich der Protest der Bevölkerung in anderer, etwas diskreter Weise – nämlich durch Wirtschaftsemigration und die Zunahme der Schattenwirtschaft. Als die Arbeitslosen Lettlands in andere Länder auswanderten, brauchte sich der Staat nicht mehr um sie zu kümmern. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen gingen zurück, Sozialausgaben wurden eingespart, und so war dieser Umstand für den Staat sogar von Vorteil. Wanderten aus einer Familie nur einige Mitglieder aus, während die übrigen in Lettland blieben, konnten die Emigranten einen Teil des verdienten Geldes nach Lettland überweisen, auf diese Weise ihre Familie unterstützen und gleichzeitig den Inlandskonsum erhöhen.

Die Exportunternehmen halfen dem Land bei der Überwindung der Krise, denn die Nachfrage nach lettischen Produkten auf den Märkten der wichtigsten Handelspartner war unverändert hoch. Auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen hatte sich aufgrund der verringerten Personalausgaben (in erster Linie für die Löhne und Gehälter) erhöht. Zurzeit ist die Zahl der Exportunternehmen und Produktionsmengen jedoch nicht so hoch, als dass die künftige Entwicklung des Landes darauf basieren könnte. Es muss über den Aufbau neuer Unternehmen und die Nutzung von Handelsnischen nachgedacht werden, um dadurch auch die Binnennachfrage zu erhöhen. Nachhaltiges Wachstum der Volkswirtschaft ist in Lettland nur dann möglich, wenn es auf der industriellen Produktion basiert, aus der Waren mit einem ausreichend hohen Mehrwert hervorgehen, die sich auf den Märkten im In- und Ausland gleichermaßen gut verkaufen lassen.

Wenn die Regierung die Schattenwirtschaft auf ein Normalmaß reduzieren will, dann bleibt ihr nichts anderes übrig, als das verlorene Vertrauen der Menschen und der Unternehmer zurückzugewinnen. Zu diesem Zweck muss sie den Menschen klar machen und ihnen anhand konkreter Maßnahmen vor Augen führen, warum das Zahlen von Steuern zweckmäßig ist, und gleichzeitig muss sie die steuerliche Gesamtbelastung der Bürger senken. Am wichtigsten wäre auf dem Gebiet des Steuerwesens eine Erhöhung des Einkommensteuerfreibetrags, denn der steuerfreie Grundbetrag ist zur Zeit das einzige Instrument der Steuerpolitik, mit dessen Hilfe in Lettland zumindest eine gewisse Progressivität der Einkommensteuer und ein wenig soziale Gerechtigkeit gewährleistet werden kann. Familien mit Kindern können unterstützt werden, indem der von der Einkommensteuer befreite Grundbetrag je nach der Zahl der unterhaltsberechtigten Personen erhöht wird. Die von der Regierung geplante Verlagerung der Steuerlast von den Beschäftigten auf Konsum und Immobilien könnte den gewünschten Effekt verfehlen, denn das Ausschlaggebende ist für die Menschen die Summe aller gezahlten Steuern und nicht die Höhe der einzelnen Steuern. Das zeigt auch eine im Mai 2012 im Auftrag des Freien Gewerkschaftsbundes LBAS vom Markt- und Meinungsforschungszentrum SKDS durchgeführte Befragung der Bevölkerung über die Steuerpolitik in Lettland: 58% der befragten

Erwerbstätigen vertraten die Ansicht, dass eine Übertragung der Steuerbelastung von den Beschäftigten auf andere Bereiche nicht wünschenswert sei und dass sie insgesamt verringert werden müsse.

Die weitere Entwicklung der lettischen Volkswirtschaft wird zumindest in nächster Zukunft eng mit den Exportmöglichkeiten verbunden sein, daher wird auch das Wachstumspotenzial Lettlands verstärkt von den Entwicklungsperspektiven der wichtigsten Handelspartner innerhalb der EU abhängen. Die Frage jedoch, ob der weitere Entwicklungsweg Lettlands zum Erfolg führen wird oder nicht, wird in erster Linie von der Fähigkeit des Landes abhängen, selbst dafür Sorge zu tragen, dass die grundlegenden Voraussetzungen dafür erfüllt sind: gut ausgebildete und erfahrene Arbeitskräfte, neue Arbeitsplätze, aus denen Waren und Dienstleistungen von hohem Mehrwert hervorgehen, sowie eine Steuerpolitik, die das Wachstum fördert.

Verwendete Informationsquellen

- Åslund, A. & V. Dombrovskis (2011), *How Latvia came through the financial crisis*, Peterson Institute for International Economics, Washington.
- Oslunds [Åslund] A. & V. Dombrovskis (2012), *Kā Latvija pārvarēja finanšu krīzi [Wie Lettland die Finanzkrise überwand]*, lettische Ausgabe des 2011 im "Peterson Institute for International Economics" in Washington erschienenen Buches.
- IWF-Länderbericht Nr. 12/31, *Republic of Latvia: Fifth review under the stand-by arrangement and financing assurances review, request for waiver of nonobservance of a performance criterion, and proposal for post-program monitoring*, Februar 2012
- IMF Survey (Online magazine) "Outlook for Latvia: Latvia emerges stronger as international support winds down", Februar 2012
- Latvijas Brīvo arodbiedrību savienība, "Latvijas Brīvo arodbiedrību savienības darbības pārskats LBAS 7. kongresam: 2006.-2011. gads" [Freier Gewerkschaftsbund Lettlands LBAS, "Überblick über die Tätigkeit des LBAS für den 7. Kongress: Berichtszeitraum 2006-2011"], 2011.
- Homann, Birte, "Labour Markets in the Baltic Sea Region: Comparative Study on the Economic situation and the Labour Market Situation", BSLN (Arbeitsmarktnetz *Baltic Sea Labour Network*), November 2011
- LR Ekonomikas ministrija "Informatīvais ziņojums par makroekonomisko situāciju valstī" [Wirtschaftsministerium der Republik Lettland, "Informationsbericht über die makroökonomische Lage im Land"], April 2012
- LR Labklājības ministrija "Konceptija par valsts sociālās apdrošināšanas finanšu resursu pārvaldīšanu līdz 2012. gadam" [Sozialministerium der Republik Lettland, "Das Konzept hinter der Verwaltung der finanziellen Ressourcen in der staatlichen Sozialversicherung bis 2012"], Oktober 2008
- LR Labklājības ministrija "Informatīvais ziņojums par darba tirgus īstermiņa prognozēm 2012. gadam un bezdarbnieku un darba meklētāju prioritāriem apmācību virzieniem" [Sozialministerium der Republik Lettland, "Informationsbericht über die kurzfristigen Aussichten auf dem Arbeitsmarkt für das Jahr 2012 und über die vorrangigen Weiterbildungsrichtungen für Arbeitslose und Arbeitssuchende"], März 2012
- Nodarbinātības valsts aģentūra, "Bezdarba situācija valstī" [Nationales Amt für Beschäftigung, "Die Arbeitslosigkeit in Lettland"], März 2012
- Karnīte, R., "Ekspertīze par bezdarbnieku re-integrācijas darba tirgū sistēmas efektivitāti Latvijā un iespējamiem uzlabojumiem [Gutachten über die Effizienz des Systems zur Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt Lettlands und mögliche Verbesserungen]", SIA "EPC", März 2011

- Putniņš, T.J. & A. Sauka, *Shadow economy index for the Baltic countries 2009-2011*, Stockholm School of Economics in Riga, Mai 2012
- Tirgus un sabiedriskās domas pētījumu centrs SKDS "Iedzīvotāju aptauja par nodokļu politiku Latvijā" [Markt- und Meinungsforschungszentrum SKDS, "Umfrage unter der Bevölkerung über die Steuerpolitik in Lettland"], Mai 2012
- Homepage des lettischen Zentralamts für Statistik (Latvijas Centrālā statistikas pārvalde CSP): <http://www.csb.gov.lv/>
- Homepage von Eurostat: <http://ec.europa.eu/eurostat>.
- Homepage der Staatskasse der Republik Lettland (LR Valsts Kase): <http://www.kase.gov.lv>
- Presseerklärungen des Gewerbeaufsichtsamts der Republik Lettland [Latvijas Valsts darba inspekcijas preses relīzes]: <http://www.vdi.gov.lv/lv/jaunumi/>

Tabellen und Abbildungen

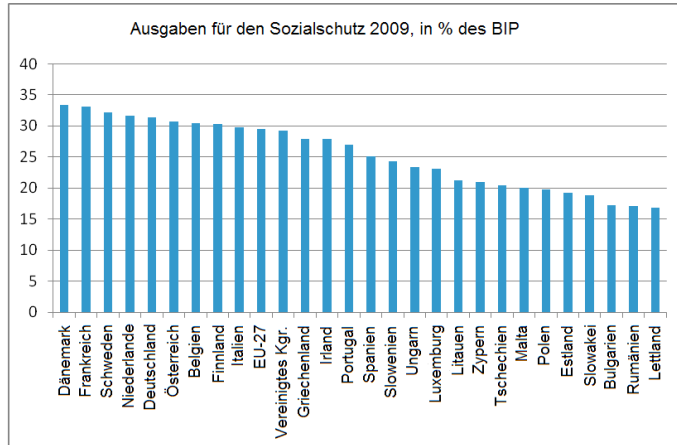


Abb. 1: Ausgaben für den Sozialschutz 2009, in % des BIP
Quelle: Eurostat

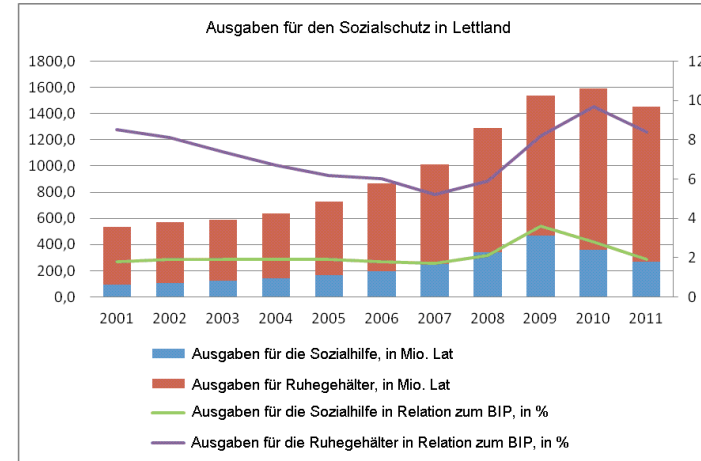


Abb. 2: Ausgaben für den Sozialschutz in Lettland
Quelle: CSP

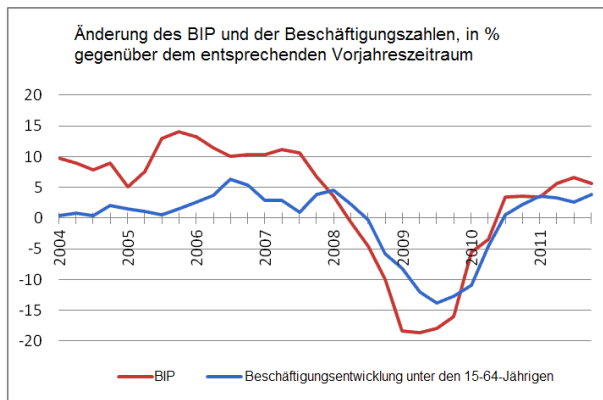


Abb. 3: Änderung des BIP und der Beschäftigungszahlen, in % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum
Quelle: CSP

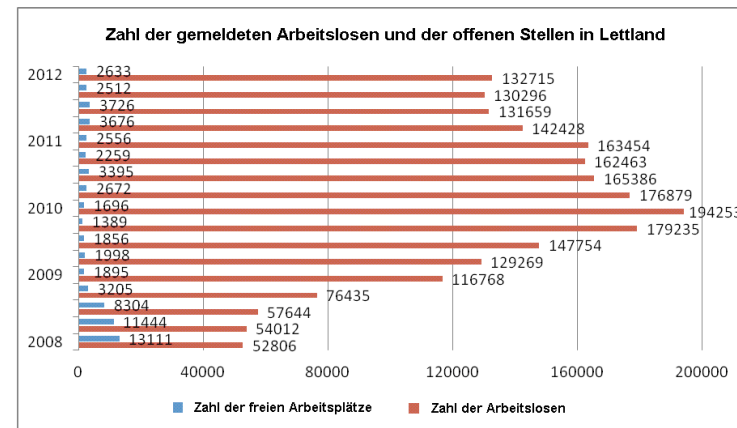


Abb. 4: Zahl der gemeldeten Arbeitslosen und der offenen Stellen in Lettland
Quelle: NVA

Tabelle 1: Zahl der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftszweigen (in Tausend)

Jahr	Quartal	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Industrie und Energie	Bau	Handel, Hotel- und Gaststättengewerbe	Transport, Lagerung, Informations- und Kommunikationsdienste	Finanzen, Versicherung, Wissenschaft, administrative Dienste; Grundstücks- und Wohnungswesen	öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	Bildung	Gesundheits- und Sozialversorgung	Sonstige Arten der Geschäftstätigkeit
2008	1. Quartal	1137,8	80,9	206,0	130,3	208,1	126,3	94,6	88,3	90,1	53,7	59,1
	2. Quartal	1142,1	93,7	198,4	139,4	220,0	115,8	85,4	87,7	93,8	54,7	53,1
	3. Quartal	1132,5	96,6	195,8	131,6	219,8	122,9	86,8	87,5	90,8	52,8	48,0
	4. Quartal	1085,6	83,0	191,7	113,6	202,1	129,6	86,4	83,4	94,1	48,8	52,1
2009	1. Quartal	1046,7	82,8	178,5	96,2	195,3	123,6	94,9	74,6	95,8	48,3	56,5
	2. Quartal	999,3	89,4	175,3	89,0	188,3	99,6	95,6	70,4	92,5	48,8	49,9
	3. Quartal	953,9	90,6	149,4	70,0	190,4	111,5	83,2	67,6	89,5	46,7	54,7
	4. Quartal	932,6	78,7	160,0	65,0	180,2	109,8	89,3	64,6	91,9	41,6	51,3
2010	1. Quartal	916,1	74,6	160,5	58,5	174,4	112,4	89,9	63,4	92,3	45,6	44,2
	2. Quartal	936,0	85,0	156,4	63,8	179,1	111,0	92,4	62,3	94,2	48,0	43,1
	3. Quartal	960,3	85,0	157,0	70,1	185,8	112,3	95,3	62,2	97,4	48,2	46,8
	4. Quartal	951,0	85,4	163,0	73,1	176,8	108,6	93,7	62,0	98,2	48,1	42,3
2011*	1. Quartal	835,9	76,7	134,1	57,9	157,2	93,8	87,3	58,8	84,3	52,0	33,1
	2. Quartal	858,5	78,5	136,5	60,1	161,0	104,1	89,4	60,1	86,8	48,5	33,5
	3. Quartal	875,1	77,9	137,7	62,2	167,5	98,3	93,2	59,5	89,7	50,9	38,2
	4. Quartal	876,7	73,4	137,5	63,3	160,0	97,8	94,7	59,0	94,4	54,9	41,6
2012	1. Quartal	857,6	75,6	132,6	56,1	155,6	98,3	94,9	58,5	92,1	55,3	37,6

Quelle: CSP

* entsprechend den Ergebnissen der Volkszählung 2011

In die Gesamtzahl sind auch die Befragten enthalten, die keinen Wirtschaftszweig angegeben haben. Die Umrechnung der Ergebnisse aus der Arbeitskräfteerhebung entsprechend den Ergebnissen der Volkszählung 2011 über die einzelnen Quartale der Jahre 2008-2010 wird in der zweiten Jahreshälfte 2013 vorliegen.

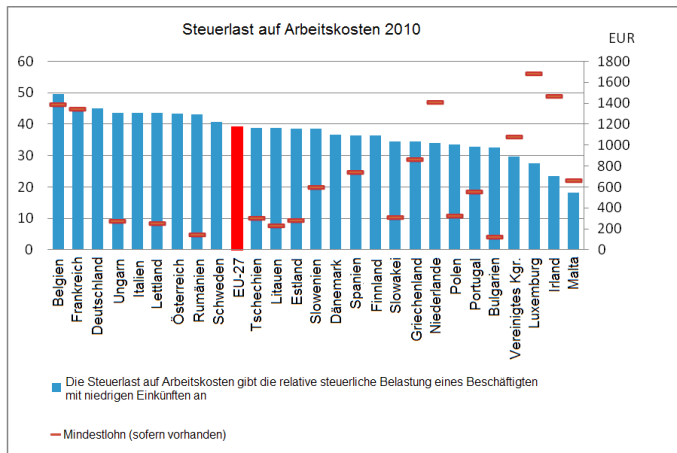


Abb. 5: Steuerliche Belastung und Mindestlöhne in den EU-Mitgliedstaaten
Quelle: Eurostat

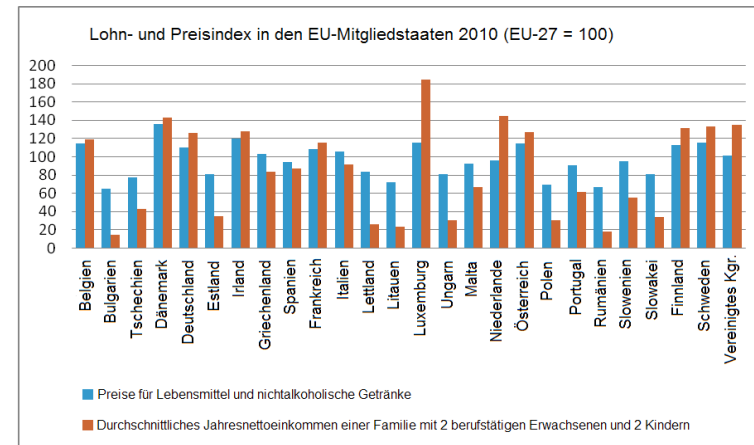


Abb. 6: Lohn- und Preisindex in den EU-Mitgliedstaaten 2010 (EU-27 = 100)
Quelle: Eurostat

Tabelle 2: Anteil der Haushalte, die es sich aus Geldmangel nicht leisten können, bestimmte Ausgaben zu tätigen, in % (Quelle: CSP)

Jahr	Begleichung v. Rechnungen für öffentl. Dienstleistungen, Miete oder Kreditrückzahlungen	Heizen der Wohnung	Bezahlung unvorhergesehener Kosten	Jedes Jahr eine Woche Ferien außerhalb des Hauses verbringen	Jeden zweiten Tag Verzehr von Fleisch, Geflügelfleisch oder Fisch
2005	22.5	32.4	73.7	77.5	41.2
2006	13.8	27.3	72.4	70.4	35.5
2007	10.3	24.7	66.4	66.6	33.2
2008	13.0	19.1	61.0	56.7	27.4
2009	20.0	17.9	73.4	59.8	25.2
2010	23.8	21.4	79.0	61.8	28.5
2011	24.0	24.0	81.4	63.3	32.9

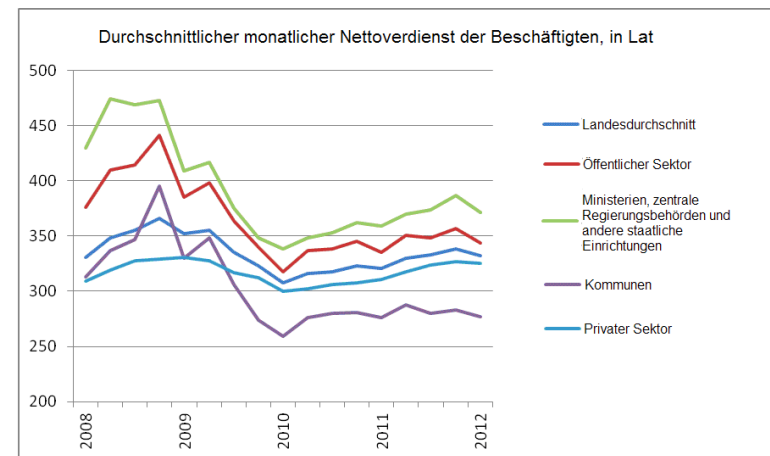


Abb. 7: Durchschnittlicher monatlicher Nettoverdienst der Beschäftigten, in Lat
Quelle: CSP

Mitglieder der Arbeitnehmergruppe, die Lettland vertreten.



Abeltina Ariadna
Coordinator for external relations for the Free Trade Federation of Latvia (LBAS)
ECO - REX - SOC



Krigers Peteris
Präsident des Verbandes freier Gewerkschaften Lettlands (LBAS)
NAT – REX - TEN



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Belliard/Belliardstraat 99
1040 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Verantwortlicher Herausgeber: Referat Besuchergruppen/Veröffentlichungen
EESC-2013-26-DE

www.eesc.europa.eu

© Europäische Union, 2013
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

DE



QE-30-12-151-DE-C
ISBN 978-92-830-2015-8



doi:10.2864/27730